

**KURZFASSUNG WAHLPROGRAMM 2019**

# **WAHL- PROGRAMM**

**FÜR DIE PARLAMENTSWAHLEN DER  
DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT 2019**



## INHALTSVERZEICHNIS

1. BILDUNG .....	3
2. ARBEITSMARKT .....	13
3. REGIONALE PRODUKTE .....	18
4. KULTURFÖRDERUNG.....	19
5. JUGEND.....	26
6. MEDIEN.....	32
7. TOURISMUS .....	36
8. GESCHICHTSFÖRDERUNG.....	40
9. INTEGRATION – FORDERN UND FÖRDERN .....	42
10. SPORT .....	47
11. EHRENAMT .....	50
12. FAMILIE.....	52
13. SENIOREN .....	57
14. GESUNDHEIT.....	61
15. INKLUSION .....	65
16. UMWELT, ENERGIE, MOBILITÄT, NACHHALTIGKEIT .....	67
17. FINANZEN .....	71

# 1. BILDUNG

## 1.1. Was haben wir erreicht ?

- Erhöhung des jährlichen Unterrichtshaushalt um 22 %  
– trotz weiterhin sinkender Schülerzahlen.

Wir investieren heute pro Jahr 20 Millionen EUR mehr in das Personal und die Funktionskosten des Unterrichtswesens als 2014.

- Einstellung von zusätzlichem Lehrpersonal.

Das Stellenkapital pro Schüler liegt mittlerweile in der DG etwa 10% höher als in der Französischen Gemeinschaft

- Erhöhung des Stundenkapitals der Autonomen Hochschule (AHS) um 8 Vollzeitstellen.
- Schaffung von 20 zusätzlichen Stellen für Förderpädagogen in Grundschulen.
- Schaffung von 10 zusätzlichen Vollzeitstellen in den Grundschulen, um die administrative Arbeit zu erleichtern.
- Schaffung von weiteren 50 zusätzliche Vollzeitstellen für Kindergartenassistenten, um die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner in ihrer wertvollen Arbeit zu unterstützen.
- Verdopplung der Förderung kultureller Aktivitäten in unseren Schulen.
- zusätzliche Initiativen zur Förderung der Mehrsprachigkeit (u.a. Gesetzesgrundlage für die Einrichtung bilingualer Schulen). Die DELF-Prüfungen beweisen, dass sich die Fremdsprachenkenntnisse der Primarschüler wieder deutlich verbessern. Auf dem Arbeitsmarkt ist das noch nicht spürbar, weil die Schüler noch in der Schule sind. Aber alle Studien beweisen, dass die Trendwende endlich gelingt.
- Erhöhung der Investitionen in den Musikunterricht (siehe u.a. Prima Cantà).
- Einrichtung eines Instituts für Demokratiepädagogik, um die politische Bildung in und außerhalb der Schulen zu verbessern.

- Verbesserung der Stundenkapitalregelung für das Sekundarschulwesen u.a. durch Umwandlung der BVA-Stunden in reguläres Stundenkapital. Dadurch entstehen jetzt in Kürze 341 zusätzliche strukturelle Stunden und 16 Erzieherstellen für unsere Sekundarschulen.
- Erhöhung der jährlichen Investitionen in die mittelständische Ausbildung um 38 %.
- Schaffung neue Ausbildungsmöglichkeiten in der mittelständischen Ausbildung.
- Schaffung der „Anlehre“, um junge Menschen auf die Lehre vorzubereiten.
- Einrichtung von Kursen an den ZAWM zur Vorbereitung auf die mittlere Reife.
- Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungssystemen.
- Verabschiedung der gesetzlichen Grundlage für die Lehre ab 29.
- Einrichtung von dualen Bachelorstudiengängen in Zusammenarbeit mit der FH Aachen.
- Erhöhung der Integrationsstunden im Regelschulwesen um 25 %.
- Verdopplung der Investitionen, um einen kostenlosen Zugang zum Grundschulunterricht zu ermöglichen.
- konsequente Aufwertung des Zentrums für Förderpädagogik (ZFP).
- gesetzliche Verankerung und Aufwertung des Kompetenzzentrums am ZFP.
- Unterstützung der Einführung des Präventionsprogramms „Papilio“ im Kindergarten, um eine positive Entwicklung von Kindern im sozio-emotionalen Bereich zu fördern.  
Der neu geschaffene Dienst „Kaleido“ leistet dabei hervorragende Arbeit.

- Einstellung zusätzlicher Lehrpersonen für die Sprachförderung im Zuge der Verbesserung des Dekretes für neu ankommende Schüler.
- gesetzliche Verankerung des „Time Out“ Projektes.
- gesetzliche Einführung von Nachteilsausgleich und Notenschutz.
- Förderung der belgienweit ersten Inklusionsschule in Bütgenbach.
- Unterstützung der Kaleido-Projekte zur Eltern-Kind-Bildung.

## 1.2. Was wollen wir erreichen?

- Unterstützungsangebote für Lehrpersonen ausbauen (Schulentwicklungsberater, Fachberatungsgruppen, Förderpädagogen, Kompetenzzentrum des ZF, Kaleido, usw)
- die Erstausbildung von Kindergärtner und Lehrpersonen reformieren, damit z.B. förderpädagogische Ansätze und interkulturelle Aspekte bereits in der Grundausbildung vermittelt werden.
- die Berufsbegleitung von Kindergärtnern und Lehrpersonen in der Berufseinstiegsphase verbessern.
- zusätzliche Weiterbildungen anbieten für die Implementierung der Rahmenpläne.
- die Stellenkapitalberechnung modernisieren und verbessern. Dabei gilt es, sich von innovativen Modellen (Flandern, Finnland) inspirieren zu lassen, um die Schulen unabhängiger von der Schülerzahl zu machen.
- zusätzliche Synergien schaffen zwischen allgemeinbildenden Schulen, technischen Sekundarschulen und mittelständischen Ausbildungszentren.
- den Lehrerberuf weiter aufwerten, sowohl gesellschaftlich als auch finanziell.

- In den letzten Jahren wurden bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Lehrerberuf aufzuwerten. Dazu gehörte die Erhöhung der Einstiegsgehälter um 10 %, genauso wie ergriffene Initiativen, um die Personalmitglieder in Grund- und Sekundarschulen fachlich zu unterstützen und zu beraten:

Im Bereich der niederschweligen Förderung an Grundschulen wurden neue Stellen für Förderpädagogen geschaffen.

Zur administrativen Unterstützung der Grundschulen wurden zu Beginn des letzten Schuljahres Chefsekretäre an allen Grundschulen angesiedelt und auch die Kindergärten werden seit dem letzten Schuljahr schrittweise mit Kindergartenassistenten ausgestattet, die die Kindergärtner in ihrer Arbeit vor allem logistisch und praktisch unterstützen.

Zur Unterstützung im Umgang mit neuen Herausforderungen in der Klasse stehen den Lehrkräften seit 2016 die förderpädagogischen Berater des Kompetenzzentrums zur Verfügung, die den Pädagogen in diversen Schwerpunktbereichen, z.B. bei sozio-emotionalen Auffälligkeiten oder LRS, beratend zur Seite stehen und ihm Hilfen an die Hand geben. Auch Kaleido richtet sein Angebot nicht ausschließlich an Schüler und Eltern, sondern steht auch den Lehrkräften als Ansprechpartner zur Verfügung.

Im Laufe der letzten Jahre wurde darüber hinaus ein breites pädagogisches Unterstützungssystem aufgebaut.

So wurden an der AHS Fachberatungen für die Primarschule und den Kindergarten eingesetzt.

Ebenfalls an der AHS werden im Rahmen der Berufseinstiegsphase Berufsneulinge beim Karrierebeginn begleitet.

Auf Ebene des Weiterbildungsangebots haben die Weiterbildungskommission und die AHS ihr Angebot Bedarfen angepasst, den thematischen Schwerpunkt für das Schuljahr 2018-2019 auf den Umgang mit Heterogenität im Schulalltag gelegt und ihr Programm ganz darauf ausgerichtet.

Es wurden verstärkt mehrtägige Weiterbildungen angeboten, um die Nachhaltigkeit der Weiterbildungen zu gewährleisten.

An den Sekundarschulen wurden zu Beginn des laufenden Schuljahres Fachteamleiter bezeichnet.

Sie werden zurzeit im Rahmen einer Ausbildung befähigt, schulintern Fachlehrer bei der Unterrichtsentwicklung zu unterstützen.

Hilfe erfahren Lehrer auch durch die Schulentwicklungsberatung, die auf Anfrage Einzellehrern, Lehrergruppen oder Schulgemeinschaften für didaktische und pädagogische Fragen zur Seite steht.

Externe Evaluation und Schulinspektion unterstützen wiederum Schulen bei ihrer Qualitätsentwicklung.

Wir wollen die Anstrengungen zur Aufwertung des Lehrerberufs in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Unter anderem schlagen wir vor,

- + das kürzlich mit den Sozialpartnern vereinbarte Sektorenabkommen in Gänze umzusetzen;
- + eine grundlegende Dienstrechtsreform (Vereinfachung, administrative Entlastung, mehr Planungssicherheit, Harmonisierung);
- + lineare Gehaltserhöhungen z.B. für die Lehrpersonen in den mittelständischen Ausbildungszentren (ZAWM);
- + eine Beschleunigung der finanziellen Anerkennung von in der Privatwirtschaft geleisteten Dienstjahren
- + eine weitere Verbesserung des Altersteilzeitsystems (Unterstützung jüngerer Lehrpersonen durch Mentoring, Unterricht für kranke Kinder, Stützkurse, Hausaufgabenhilfe, Arbeit in der Mediothek, Projektarbeit, Teamkoordination, Unterstützung bei außerschulischen Aktivitäten usw.)

- eine grundlegende Reform aller Dienstrechte durchführen.

Die Dienstrechtsreform wurde in dieser Legislaturperiode infolge der Ergebnisse der Arbeitsgruppen und der Open Space-Veranstaltungen und aus Ressourcengründen in mehrere Arbeitspakete eingeteilt.

Einige dieser Arbeitspakete wurden bereits umgesetzt und sind eng mit dem Kern der Dienstrechtsreform verbunden:

In den letzten Jahren wurden mehrere Auswahlämter geschaffen und modernisiert. Die Anpassungen ermöglichen eine flexible Rekrutierung auf der Grundlage vereinfachter Diplomanforderungen und klarer Profilbeschreibungen.

Als Beispiel sei hier auf den förderpädagogischen Berater, das Amt des Direktionssekretärs oder des Middle Managers verwiesen sowie auf die im Sammeldekret 2019 vorgesehene Modernisierung der Ämter des Werkstattleiters und des Verwalters und die Harmonisierung der dienstrechtlichen Bestimmungen des Verwaltungspersonals im Gemeinschaftsunterrichtswesen.

Auch die Einführung des Amtes des Chefsekretärs ist unter anderem auf die Feststellung der Arbeitsgruppen zurückzuführen, dass zahlreiche administrative Aufgaben auf die Schulleiter der Grundschulen zurückfallen in Ermanglung eigener Sekretariate. Dieser Situation wurde durch die Bereitstellung von Chefsekretären Abhilfe geschaffen.

Die Einführung des Kindergartenassistenten basiert ebenfalls auf einer Forderung zur besseren Umrahmung des Kindergartens und zur logistischen Unterstützung der Kindergärtner.

Bei all diesen Anpassungen wurde stets darauf geachtet, die erforderlichen Befähigungsnachweise praxis- und personalorientiert festzulegen oder bestehende Regelungen entsprechend anzupassen.

Zur Förderung der Teamarbeit und weiteren Professionalisierung der Personalmitglieder an den Sekundarschulen wurden Fachteamleiter und Fachberater für die Hauptfächer im Sekundarbereich eingeführt.

Im Rahmen der Gespräche mit den Akteuren war zudem der Wunsch nach einem Bewerberportal, das ein modernes und elektronisches Bewerbungs- und Rekrutierungsverfahren ermöglicht, geäußert worden. Hier hat sich die Unterrichtsverwaltung gemeinsam mit dem Personaldienst des Ministeriums 2017 auf den Weg gemacht und testet derzeit eine entsprechende IT-Lösung, die voraussichtlich im nächsten Schuljahr bereits für diverse spezifische Stellenausschreibungen und Anwerbungsverfahren im Gemeinschaftsunterrichtswesen genutzt werden kann.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir auf all diesen Arbeiten aufbauen und ein bedarfsgerechtes, modernes Einheitsstaut für das gesamte Unterrichtswesen einführen.



- die Auswahl- und Beförderungsämter (Schulleiter, Middle Manager usw.) aufwerten..
- die Anstrengungen zur Verbesserung der Infrastruktur, der Ausstattung und der Arbeitsbedingungen in unseren Schulen fortsetzen.
- die Schulen bei der Vermittlung von sozialen und personalen Kompetenzen durch externe Präventionsprogramme unterstützen.
- zusätzliche förderpädagogische Berater einstellen.
- unser Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit umzusetzen.
- gezielt die MINTH-Fächer fördern, durch die Unterstützung des naturwissenschaftlichen Denkens bei Kindern im jüngsten Alter, die Sensibilisierung von Schülern für Ausbildungsgänge in technischen Bereichen, die systematische Vermittlung von Kompetenzen im technisch-handwerklichen Bereich, eine Vertiefung der naturwissenschaftlich-technischen Erstausbildung von Kindergärtnern und Lehrern, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in allen Schulen, die Leistungsförderung im Bereich Naturwissenschaften und Technik.
- Schülerpraktika in Betrieben flächendeckend fördern.
- die politische Bildung verbessern. Ein Leitfaden zur politischen Bildung muss an allen Schulen und auf allen Schulebenen umgesetzt werden. Neue Angebote zur Lehrerweiterbildung sollen in Zusammenarbeit mit externen Partnern initiiert werden. Wir wollen die Vernetzung mit Akteuren der politischen Bildung im In- und Ausland ausbauen, das neu geschaffene Zentrum für Demokratieerziehung stärken, und nicht zuletzt die Schülervertretungen und die Mitbestimmung von Schülern in allen Schulstufen verbessern. Die Aktionstage zur politischen Bildung müssen ausgedehnt werden.
- die Medienkompetenz stärken.
- eine Gesamtvision für das Bildungswesen erstellen und das Grundlagenkonzept „Gutes Personal für gute Schulen“ verwirklichen. Dabei geht es nicht nur um eine grundlegende Dienstrechtsreform, sondern zum Beispiel auch die Taktung des Schuljahres, Prüfungs- und Unterrichtszeiten, oder auch um Fragen der beruflichen Entwicklung und der Lehrerarbeitszeit.

Wichtige Vorarbeiten dazu konnten mittlerweile abgeschlossen werden, der partizipative Prozess zur Erarbeitung der Gesamtvision wurde gestartet (die erste Phase wird schon im Dezember 2019 abgeschlossen sein).

- neue Teilzeitqualifizierungen anbieten und zertifizieren lassen.
- neue Angebote in der mittelständischen Ausbildung schaffen, die den Bedürfnissen unseres Arbeitsmarktes Rechnung tragen.
- die Anlehre zur Vorbereitung junger Menschen auf die Lehre strukturell absichern und das Angebot erweitern.
- die Durchlässigkeit zwischen allen Ausbildungsformen weiter verbessern.
- in Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Universitäten neue Bachelor-Studiengänge in Ostbelgien anbieten.
- die Übergänge von Schule und Beruf verbessern, durch eine Reform der Berufsorientierung und nicht zuletzt durch die Stärkung des Images von Handwerk und technischen Ausbildungen auf allen Ebenen.
- die Qualität und Attraktivität der dualen mittelständischen Ausbildung weiter fördern.
- die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft stärken.
- die Förderung des Studienkreises Schule/Wirtschaft ausbauen und strukturell abzusichern.
- das Projekt „Wirtschaft macht Schule“ flächendeckend anbieten.
- die Theaterpädagogik weiter ausbauen.
- das Angebot von „Kultur macht Schule“ erweitern.
- Projekte wie „Prima Canta“ zur Förderung der Musik in Schulen verstärkt fördern.
- den kostenlosen Zugang zum Sekundarschulwesen ermöglichen; so wie das bereits für die Grundschulen gelungen ist.
- Grundlagen dafür schaffen, dass die Hausaufgaben (insbesondere in den Grundschulen) reduziert werden.

- neue Konzepte entwickeln, um teure Nachhilfeunterrichte zu vermeiden und die Eltern zu unterstützen.
- all jene gemeinnützige Organisationen verstärkt finanziell unterstützen, die Hausaufgaben- und Nachhilfestunden anbieten.
- eine grundlegende Reform der Regelungen für die Schülerbeförderung durchführen: Distanzen, Strecken, Eigenbeteiligung, administrative Vereinfachungen. Die Vorbereitungsarbeiten dazu haben bereits begonnen.
- weitere Lobbyarbeit bei der für den Schülertransport zuständigen Wallonischen Region (und der TEC) uneternehmen, damit endlich jedem Kind ein Sitzplatz zur Verfügung gestellt wird. Wir erleben allorts überfüllte Schulbusse, die die Sicherheit der Kinder gefährden. Die DG darf leider nur eigene Schulbusse auf Strecken einsetzen, die von der TEC nicht befahren werden. In den eigenen Bussen sorgt die DG schon heute dafür, dass jedes Kind über einen Sitzplatz verfügt. Wir fordern, dass die Wallonische Region diesem Beispiel folgt.
- die erfolgte dekretale Einführung von Nachteilsausgleich und Notenschutz in der Praxis konsequent umsetzen, um jungen Menschen mit Lernschwächen neue Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.
- Leistungsermittlung und Leistungsbewertung weiter reformieren.
- die Integration von Menschen mit einer Beeinträchtigung weiter fördern, sowohl im niederschweligen als auch im hochschweligen Förderbereich. Das heutige Verteilungssystem von Integrationsstunden muss strukturell und grundlegend reformiert werden. Nach dem Vorbild der in der vergangenen Legislaturperiode eingerichteten Gemeinsamen Grundschule in Bütgenbach sollen zudem weitere Inklusionsschulen geschaffen werden.
- das Zentrum für Förderpädagogik in seiner Rolle als Dienstleister für Regelschulen weiter stärken. Genauso wie den neu geschaffenen Dienst Kaleido.

- die Diversität im Unterrichtswesen fördern, durch die Umsetzung und Weiterentwicklung des reformierten Dekretes für neu ankommende Schüler, die Stärkung der Sprachausbildung, die Stärkung der Haltung und Kompetenzen der Lehrer im Umgang mit Diversität, die weitere Aufwertung des neu geschaffenen Referenzzentrums Info Integration als Dienstleister für unsere Schulen, die Aufnahme eines Moduls „Deutsch als Zweitsprache“ in die Lehrer-Ausbildung, eine durchgängige, differenzierte Sprachförderung, die Aufnahme eines Moduls zur Förderung der Interkulturalität und Kommunikationsfähigkeit in die Lehrer-Ausbildung.
- das mittlerweile gesetzlich abgesicherte Time Out Projekt weiter aufwerten, um Schülern in spezifischen Problemsituationen eine Auszeit und einen Wiedereinstieg in die Schule zu ermöglichen.
- die Arbeit der Elternräte unterstützen.
- den Bildungshaushalt trotz sinkender Schülerzahlen weiter erhöhen und somit das zahlenmäßige Verhältnis Lehrer/Schüler bzw. die Betreuungsquote im Unterrichtswesen verbessern und die durchschnittlichen Klassengrößen verringern.

## 2. ARBEITSMARKT

### 2.1. Was haben wir erreicht ?

Die Arbeitslosigkeit in der DG ist in den letzten Jahren auf ein Rekordtief gesunken. Mit 6,0 % haben wir mittlerweile die niedrigste Arbeitslosenrate in Belgien.

Dank erfolgreich abgeschlossener Verhandlungen mit der wallonischen Regierung hat die DG in den letzten Jahren wertvolle zusätzliche beschäftigungspolitische Instrumente erhalten.

Auf dieser Grundlage haben wir vier wichtige Reformprojekte beschlossen:

- die Reform der Zielgruppen- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.
- die Reform der Berufsausbildungsprämien.
- die Reform der Freistellungen für die Teilnahme an Berufsausbildungen.
- die Reform der lokalen Beschäftigungsagenturen

Durch diese Reformen wurden Bürokratie und Verwaltungsabläufe vereinfacht. abgebaut. Vor allem wurde spezifische Anreize geschaffen, um arbeitssuchende Menschen schneller in Arbeit zu bringen.

Gleichzeitig wurden BVA-Stellen in reguläre Stellen umgewandelt. Das ist besonders für den nicht kommerziellen Sektor von großer Bedeutung.

Auffallend sind jedoch:

- der hohe Anteil älterer Arbeitsloser (älter als 50 Jahre) (37,4 %): die Altersgruppe 60+ ist aktuell die einzige Altersgruppe, in der die Zahl der Arbeitslosen noch steigt;
- der hohe und weiter steigende Anteil an Langzeitarbeitslosen (52%);
- der hohe Anteil an niedrig qualifizierten Arbeitssuchenden (44 %).

## 2.2. Was wollen wir erreichen?

- eine weitere Reform von beschäftigungsrelevanten Ausbildungsmaßnahmen und Ausbildungsanreizen für Arbeitssuchende durchführen, um eine kohärente, auf den Arbeitsmarkt der Deutschsprachigen Gemeinschaft angepasste Berufsausbildungspolitik gestalten zu können.
- der Zugang zu Aus- und Weiterbildung für Wiedereinsteiger und Personen, die sich umorientieren wollen, erleichtern.
- das Ausbildungsangebot für Arbeitssuchende auf den Bedarf der Deutschsprachigen Gemeinschaft anpassen. Verfügbare Mittel sollen zielorientiert eingesetzt, Missbräuche verhindert und Verwaltungsabläufe vereinfacht werden.
- das Dienstleistungsangebot für Arbeitssuchende weiter verbessern. Hierzu soll der Dialog zwischen relevanten Stellen vertieft und strukturiert werden.
- behördenübergreifende Qualifizierungsangebote und Informationsmaterialien verfügbar gemacht werden.
- die „Vermittlung aus einer Hand“ verbessern, um „Drehtür-Effekte“ zu vermeiden. Das begonnene Projekt in Kelmis (siehe oben) gibt die Richtung hierfür vor.
- Die Solidarwirtschaft stärken.

Eine existentielle Herausforderung für unseren Standort ist der zunehmende Fachkräftemangel in allen Wirtschaftssektoren und im öffentlichen Dienst.

Für den Fachkräftemangel gibt es 2 Ursachen:

- den demographischen Wandel;
- die übermäßig hohe Belastung des Faktors Arbeit durch Steuern und Sozialabgaben, die unsere Wettbewerbssituation im Vergleich zu unseren Nachbarn spürbar beeinträchtigt.

Die demographische Entwicklung können wir nur bedingt beeinflussen.

Steuern und Abgaben wiederum sind Zuständigkeiten des Föderalstaates.

Zwar plädieren für grundlegende Reformen der Steuer- und Sozialabgabengesetzgebung in Belgien, damit mehr „netto“ vom „brutto“ übrigbleibt, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die Kaufkraft gesteigert werden können; wirklich verändern können wir diese Situation als DG aufgrund fehlender Befugnisse jedoch nicht.

Trotzdem können wir handeln!

1. Wir müssen unsere Region als Lebens-, Wohn-, Wirtschafts-, und Arbeitsstandort so attraktiv wie möglich machen.

Laut einer FORSA-Umfrage von September 2018 sind heute 98 % der Einwohner unserer Gemeinschaft mit ihrer Lebensqualität zufrieden.

Trotzdem bleibt noch viel zu tun.

So wollen wir zum Beispiel in den kommenden Jahren sowohl im Bereich der Seniorenpflege als auch im Bereich der Kinderbetreuung eine Modellregion werden.

Wir wollen sowohl den Bedarf in der Kleinkindbetreuung als auch den Bedarf in der Seniorenpflege zu 100 % abdecken!

2. Wir müssen angesichts der niedrigen Arbeitslosigkeit und ungünstiger Demographie das bestehende Arbeitskräftepersonal in Ostbelgien maximal ausschöpfen.

Hierfür brauchen wir:

- weitere Investitionen in die Bildung.
- eine effiziente Förderung der MINTH-Fächer.
- zusätzliche Ausbildungsangebote.
- zusätzliche Bachelorstudiengänge in Kooperation mit in- und ausländischen Fachhochschulen und Universitäten
- ein Angebot und die Anerkennung von Teilqualifizierungen (siehe ProfilPass).
- einen Ausbau der Anlehre, um junge Menschen auf die Lehre vorzubereiten.
- zusätzliche Synergien zwischen technischen Schulen und mittelständischen Ausbildungszentren.  
Nach dem Vorbild des technologischen Campus in Eupen muss jetzt auch in St. Vith ein Technocampus eingerichtet werden. (siehe Schulbauprogramm)
- nahtlosere Übergänge zwischen Schulstufen- und -formen sowie zwischen Schule und Beruf.
- eine bessere grenzüberschreitende Anerkennung von Diplomen und Berufsabschlüssen.
- eine Reform der Berufsorientierung.
- eine effiziente und zielgruppenorientierte Beschäftigungspolitik, um arbeitssuchende Menschen schnell und unbürokratisch in Arbeit zu bringen.  
Die vier in dieser Legislaturperiode beschlossenen arbeitsmarktpolitischen Reformen (siehe oben) bieten hierfür eine gute Grundlage.
- grenzüberschreitende Arbeitsvermittlungsstrukturen.  
Das kürzlich auf den Weg gebrachte Projekt „You Region“ halten wir in diesem Zusammenhang für zukunftsweisend. Es muss ergebnisorientiert ausgebaut werden.



- Eine Verbesserung der Passfähigkeit von Weiterbildungsangeboten für Langzeitarbeitslose und andere relevante Zielgruppen unter Einbeziehung der Sozialwirtschaft.
- Wiederaufnahme des Projekts einer Plattform zwischen dem Arbeitsamt, der Dienststelle und den ÖSHZ, um Personen mit multiplen Schwierigkeiten in den Arbeitsmarkt zu vermitteln.

### 3. Eine effiziente Vermarktung unseres Standortes.

Ohne qualifizierte Zuwanderung wird es nicht möglich sein, die Bedarfe unseres Arbeitsmarktes zu erfüllen. Wir sind zu klein, um uns selbst zu genügen.

Die 2017 eingeführte Ostbelgienmarke ist hierfür ein geeignetes Instrument. Mittlerweile werben 285 Markenpartner (Firmen, Institutionen, Vereine) für unseren Standort. Die Ostbelgienkampagne wird insgesamt sehr positiv wahrgenommen. In den nächsten Jahren kommt es darauf an, einerseits zusätzliche Markenpartner zu gewinnen und andererseits das Standortmarketing zielgerichtet einzusetzen. Zu den Zielpublikum gehören Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, Studenten, Pendler und die Ostbelgier in der Welt.

### 4. Eine Bündelung aller Kräfte

Vor einigen Monaten hat die Regierung ein gesellschaftliches Bündnis für Fachkräftesicherung auf den Weg gebracht. Das neu geschaffene Bündnis hat jetzt einen Strategie- und einen konkreten Aktionsplan für die kommenden Jahre beschlossen. Dabei wurden neben einem systematischen Fachkräftemonitoring 2 Arbeitsfelder und 6 Zielgruppen identifiziert.

Alle Details hierzu finden Sie in unserem ausführlichen Wahlprogramm

### 3. REGIONALE PRODUKTE

Bereits Mitte 2013 hatte die Deutschsprachige Gemeinschaft die Marke „Ostbelgien“ als Unionsmarke beim Harmonisierungsamt für den europäischen Binnenmarkt schützen lassen.

Über das regionale Lebensmittellabel „Made in Ostbelgien“ kurz: „MIO“ sollte die einheitliche Kennzeichnung von Produkten aus Ostbelgien sowie die Förderung der Vermarktung und Bekanntheit regionaler Waren unterstützt werden.

Mit der Einführung der Regionalmarke für lokale Erzeugnisse der Lebensmittelbranche wurde eine Arbeitsplattform geschaffen, die die Zusammenarbeit der regionalen Produzenten untereinander fördern sollte. Gemeinsam arbeiten die Produzenten daran, neue regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen und innovative Qualitätsprodukte zu entwickeln.

Mittlerweile haben sich insgesamt 24 Produzenten und weitere 7 Partner dem Label „Made in Ostbelgien“ angeschlossen (Stand März 2019).

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir einerseits neue Partner finden und andererseits die Zusammenarbeit der Produzenten untereinander fördern.

Die Markenpartner sollen verstärkt mit Bereichen wie dem Lebensmitteleinzelhandel, dem Horeca-Sektor oder dem Tourismus vernetzt werden.

Nicht zuletzt soll die landwirtschaftliche Wertschöpfung in der Region aufgewertet werden.

## 4. KULTURFÖRDERUNG

Die sprachliche und kulturelle Identität der deutschsprachigen Belgier ist die Grundlage für die Existenz und die Daseinsberechtigung der DG. Deshalb wird die Förderung von Sprache und Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft immer eine strategische Herausforderung bleiben.

### 4.1. Was haben wir erreicht ?

- Das kulturelle Angebot in unserer Gemeinschaft ist grösser und vielfältiger geworden. Laut FORSA-Umfragen ist die Zufriedenheit mit dem kulturellen Angebot seit 2014 deutlich gestiegen.
- Seit Verabschiedung des Kulturförderdekrets sind die Investitionen in Kultur um 83 % erhöht worden.
- Die Einrichtung und Finanzierung von 2 regionalen Kulturzentren in Eupen (alter Schlachthof) und St.Vith (Triangel) trägt zur Dynamik des kulturellen Leben bei.
- Für den Bereich der kulturellen Bildung wurde im Jahre 2017 eine Kulturkonferenz zum Thema kulturelle Bildung organisiert.

- Das Angebot „Kultur macht Schule“ wurde verdoppelt.

Insgesamt können so rund 14.000 Schülerinnen und Schüler von den 444 Angeboten aus dem Katalog „Kultur macht Schule“ profitieren.

- Die Schaffung des Kulturerbearchivs ist von strategischer Bedeutung wurde die Möglichkeit geschaffen, alle Sammlungen und Zeugnisse digital zu erfassen, in einer Datenbank aufzuarbeiten und sie so den Bürgerinnen und Bürgern leicht zugänglich zu machen.
- Um die fachgerechte materielle Wahrung der Originale zu gewährleisten, sind angemessene Räumlichkeiten angekauft worden.
- Zudem wurde ein Konzept für ein professionelles Museumsdepot erstellt.

- 2017 ist zudem das Dekret zum Schutz des beweglichen Kulturguts außergewöhnlicher Bedeutung verabschiedet worden.

## 4.2. Was wollen wir erreichen ?

Wir setzen auch weiterhin ein für:

- die Förderung von Amateurkunst und Folklore

Bereits 2008 wurden die Basiszuschüsse für Vereine an die Gemeinden übertragen, womit eine jährliche Indexierung der entsprechenden Mittel, die die Deutschsprachige Gemeinschaft den Gemeinden für die Förderung der Kulturvereine zur Verfügung stellt, einherging.

Diese Mittel müssen integral an die Vereine weitergegeben werden!

Ihrerseits muss die DG auch weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden und sich unmittelbar an den Kosten für Ausrüstungen, hochwertiger Kultur-Infrastrukturen, Einstufungen, Auftritte im Auftrag (siehe auch Kulturdekret), usw. beteiligen.

Der für den Musikbereich zuständige Verband Föderkam wurde im Rahmen des Kulturdekretes als strategischer Ansprechpartner aufgewertet. Auch in Zukunft muss sichergestellt werden, dass der Verband über angemessene und ausreichende Mittel zur Ausführung seines Auftrags verfügt.

Auch setzen wir uns für eine weitere Stärkung der Vereinsstrukturen und der Vorstandsarbeit sowie Verwaltungsvereinfachungen für bezuschusste Vereinigungen ein. Die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten, Prozeduren in Zukunft zu vereinfachen und bürokratische Hürden abzubauen.

Auch wollen wir das Ehrenamt weiter valorisieren und für ehrenamtliches Engagement sensibilisieren. Vereinsstrukturen und Vorstandsarbeit sollen weiter gestärkt werden. Die strukturelle Anbindung und die Partizipationsmöglichkeiten für den Ehrenamtssektor wollen wir verbessern.

Die informierende und vernetzende Arbeit der „Servicestelle Ehrenamt“ im Ministerium der DG soll fortgesetzt und ausgebaut werden.

- die Unterstützung von professionellen Kulturschaffende
- die Förderung von Kulturprojekten und Künstlern

Die kulturelle Bildung in Schulen sowie außerschulische Angebote zur kulturellen Bildung wollen wir konsequent weiterentwickeln.

Das Förderprogramm „Kultur-macht-Schule“ soll erweitert und das Thema kulturelle Bildung verstärkt in den Rahmenplänen verankert werden.

Im außerschulischen Bereich sollen die heutigen Bedarfe an Angeboten zur kulturellen Bildung ermittelt werden. Qualitätsstandards sollen geschaffen und neue Unterstützungsangebote entwickelt werden.

Zwischen Anbietern der kulturellen Bildung wie der Musikakademie, den Kreativen Ateliers, der Amateurkunstvereinigung Födekam, den professionellen Kulturträgern, der Autonome Hochschule, usw. sollen bestehende Synergien gestärkt werden.

In der Kultur- und Kreativwirtschaft sollen bestehende Formen der Zusammenarbeit mit relevanten Netzwerken und Partnern wie der SMART, euregionalen und überregionalen Institutionen, die sich um die Kultur- und Kreativwirtschaft bemühen, sowie mit der WFG und den Grenzümpunkten weitergeführt und ausgebaut werden.

Veranstaltungsformate wie „How I met my idea“ sollen fortgeführt und ergänzt werden. Insgesamt soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Kultur- und Kreativbereich durch gemeinsame Studien, Qualifizierungsangebote und die Teilnahme an relevanten Foren wie dem „Creative Hub Euregio“ gestärkt werden.

- den Schutz des immateriellen Kulturerbes

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir eine Veränderung der Wahrnehmung des Kulturerbes als Bereicherung für die Gesellschaft herbeiführen.

Daten zum Kulturerbe sollen erforscht, erfasst und materiell, mittels der Einrichtung eines Zentraldepots für museale Sammlungen, gesichert und im Kulturerbearchiv digitalisiert werden.

Auch wollen wir einen Fokus auf die Vermittlung und Zugänglichkeit von Kulturerbeinhalten, insbesondere mit Blick auf die bessere Erreichung von Kindern und Familien legen.

- die Unterstützung der Musikakademie

Von besonderer Bedeutung für die Zukunft der Musikvereine, Orchester, Chöre, Spielmannszüge, Theater- und Tanzgruppen ist in unseren Augen die Musikakademie der DG mit ihren 1200 Schülerinnen und Schülern.

Im Jahr 2009 erhielt die Musikakademie eine angemessene Rechtsgrundlage.

Der Auftrag der Musikakademie muss darin bestehen, sowohl in die Tiefe als auch in die Breite auszubilden. Natürlich gehört zu ihrem Auftrag, bei Jugendlichen besondere künstlerische Begabungen zu entdecken und zu fördern.

Sie sollte vor allem aber auch bemüht sei, bei möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Freude an der Kunst zu wecken und ihnen eine Grundausbildung zu ermöglichen. Darauf sind die Amateurkunstvereine in der DG existentiell angewiesen.

Wir schlagen für die kommende Legislaturperiode neben pädagogischen Anpassungen eine grundlegende Dienstrechtsreform vor, um den Beschäftigten der Musikakademie ein modernes und angemessenes Statut zu ermöglichen.

- einen kostengünstigen Zugang zur Kultur

Kunsterziehung fördert die Kreativität, das konzeptionelle Denken und die Ausdrucksfähigkeit. Sie kann zudem dabei helfen, die Lernfähigkeit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Außerdem prägt sie das Sozialbewusstsein, das Verantwortungsbewusstsein, ein gesundes Selbstbewusstsein, dank regelmäßiger Erfolgserlebnisse, und trägt zur Problemlösekompetenz bei.

Im Sinne der sozialen Gerechtigkeit wollen wir weiterhin zugängliche Kulturangebote für alle Alters- und Sozialschichten fördern.

Nicht zuletzt sollte eine Basisvermittlung innerhalb der Schulen stattfinden. Bereits mit der Entscheidung, ab Schuljahr 2009-2010 das Pflichtfach Kunst/Musik an allen Grundschulen auf dem Gebiet der DG einzuführen, damit alle Kinder in den Genuss einer kindgerechten Grundausbildung kommen können, wurde hierzu der Grundstein gelegt.

Die Schulen müssen bei der Umsetzung dieses Rahmenlehrplans weiter unterstützt werden, beispielsweise durch moderne und kindgerechte Lehrmaterialien und Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen (siehe auch Fachgruppen AHS). Konzepte wie das vor zwei Jahren initiierte Weiterbildungsprogramm „PrimaCanta – Jedem Kind seine Stimme“ müssen fortgesetzt und wo immer möglich ausgebaut werden.

Dass die Schulen diesbezüglich auch auf die Unterstützung von Föderkam, OstbelgienFestival, der Agora, dem Ikob, den kreativen Ateliers... zurückgreifen können, ist zielfördernd und sollte in der nächsten Legislatur fortgeführt werden.

- die Förderung regionaler Künstler

Wir befürworten weiterhin die Unterstützung regionaler Künstler, die einerseits künstlerische Projekte und andererseits Aufführungen sowie Ausstellungen umfassen sollte.

Wir setzen uns zudem für den Ausbau der Literaturförderung ein. Die in der auslaufenden Legislaturperiode objektiven Kriterien und das neue Antragsverfahren über eine unabhängige Jury sind hierfür eine gute Grundlage.

Wir setzen uns ebenso für die gezielte Förderung talentierter Musiker in Ostbelgien ein. Wir haben das große Glück, dass es in Ostbelgien überdurchschnittlich viele begabte Musiker und Musikproduzenten gibt. Diese Talente wollen wir fördern und als Botschafter für unsere Heimat gewinnen;

Dasselbe gilt zum Beispiel für Maler und Zeichner. Auch sie verdienen unsere Unterstützung.

Die DG sollte zudem ihre Außenbeziehung verstärkt nutzen, um ostbelgische Künstler zu unterstützen und ihnen beispielsweise wertvolle Kontakte zu renommierten Kultureinrichtungen vermitteln (für Auftritte, Ausstellungen, Lesungen, usw.).

- die Unterstützung der Kreativen Ateliers

Die DG zählt sechs anerkannte Kreative Ateliers. Ihr Angebot ist breit gefächert und geht von den klassischen Aktivitäten wie Seidenmalerei, Tonarbeit und Patchwork bis hin zu Aerobic, Seniorensport, Vorträgen, Ausstellungen oder anderen, der Nachfrage entsprechenden Tätigkeiten. Ihre Arbeit wollen wir weiterhin unterstützen.

- die Unterstützung von Museen

Die Museen verfügen über ein bedeutendes Kulturerbe, das sich aus Alltagsgegenständen und Kunstobjekten, aber auch aus historischen Dokumenten, Schriftstücken und Fotomaterial zusammensetzt. Mit dem Museumsdekret wurde den spezifischen Bedürfnissen der unterschiedlichen Museen Rechnung getragen. In dieser Legislaturperiode konnten 2 zusätzliche Museen anerkannt werden. Wir wünschen uns auch in Zukunft eine konsequente Umsetzung des Museumsdekrets.

- den interkulturellen Dialog

Die DG darf sich auch in der Kulturpolitik nicht einigeln. Wir brauchen eine weltoffene, tolerante, mehrsprachige Gemeinschaft. Wir sollten deshalb besonderen Wert auf die Förderung des interkulturellen Dialogs über Sprach- und Landesgrenzen hinaus legen.

Die Teilnahme an europäischen Projekten wie dem Euregio-Schüler-Literaturpreis, die internationale Vernetzung von Angeboten und die gezielte Unterstützung von Kulturaustauschprogrammen trägt dazu bei, den eigenen kulturellen Horizont zu erweitern.

Im Bildungsbereich hat unser Bildungsminister Harald Mollers das Schuljahr 2016-2017 zum Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt. 14 Schulen sind daraufhin einem Aufruf, schulinterne Programme zu entwickeln und umzusetzen, gefolgt und haben eine finanzielle Unterstützung erhalten. Im Rahmen eines Schülerwettbewerbs sind insgesamt 27 Beiträge im Ministerium eingegangen.

Auch wurde eine Kooperation mit der Stiftung Weltethos initiiert, so dass sich unsere Schulen nun als „Weltethos-Schulen“ bewerben können. Diese Initiative wollen wir fortsetzen.

Wir betrachten die kulturelle Vielfalt in Europa (und darüber hinaus) nicht als ein Hindernis, sondern als einen großen Reichtum von unschätzbarem Wert (siehe auch unsere Programmpunkte „politische Leitlinien“ und „Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit“). Unsere kulturelle Identität als Europäer gibt uns in unserem Leben Halt: Traditionen, die uns als Europäer verwurzeln, sollten auch in Zukunft einen Platz in unserem Alltag haben.

Als Grenzregion sollte die DG ihre Brückenfunktion zwischen unterschiedlichen Kulturgemeinschaften konsequent wahrnehmen und zu einem wirklichen Standortvorteil ausbauen. Wir befürworten in diesem Sinne Initiativen zur Stärkung des Austauschs zwischen unterschiedlichen Kulturgruppen in der DG und zwischen der DG und ihren Partnerregionen.

- die Förderung von Vereinen

Die mehr als 2000 lebendigen und aktiven Vereine in allen Lebensbereichen bilden das gesellschaftspolitisch Rückgrat unserer Gemeinschaft. Sie leisten einen unschätzbaren großen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie bieten tausenden jungen und älteren Menschen Halt, sinnvolle Beschäftigungen und Förderungen.



Die klassische Basisförderung der Vereine ist vor allem eine kommunale Zuständigkeit. Genauso wie die Hilfe bei der Bereitstellung von Vereinslokalen.

Trotzdem verfügt die DG über viele Instrumente, um das Vereinsleben zu unterstützen.

Dazu gehören zum Beispiel das Kulturdekret, das Jugenddekret, das Sportdekret, das Infrastrukturdekret usw.

Wir setzen uns zum Beispiel auch weiterhin dafür ein, dass Infrastrukturprojekte von Vereinen in den Infrastrukturplan aufgenommen und von der DG bezuschusst werden.

Wir setzen uns ein für möglichst unbürokratische Verfahren und die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, das auf vorbildliche Weise in den Vereinen geleistet wird.

## 5. JUGEND

### 5.1. Was haben wir erreicht ?

- Am 6. Dezember 2011 hatte das Parlament bereits ein wegweisendes Dekret zur Förderung der Jugendarbeit verabschiedet.

Dieses beinhaltete die gesetzlichen Bestimmungen zur Förderung der individuellen, sozialen und kulturellen Entwicklung junger Menschen unter Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse.

Jugendliche sollten Fähigkeiten wie Selbstständigkeit, Verantwortung, Teamfähigkeit, Konfliktkompetenz und Selbstvertrauen erwerben, wesentliche Grundlagen für das aktive und kritische Leben in der Gesellschaft. Das Dekret legte deshalb einen Schwerpunkt auf die Anerkennung von nicht-formalen Kenntnissen der Jugendlichen, die sie durch ihr Engagement in der Gesellschaft und insbesondere in der Jugendarbeit erwerben konnten.

- Auf dieser Basis haben wir das Thema „Jugend“ in der auslaufenden Legislaturperiode vertieft. Wir haben Jugend als Querschnittsaufgabe verstanden, die in all unseren Zuständigkeitsbereiche aufgegriffen werden sollte.
- Mithilfe des Jugendstrategieplans 2016-2020 wurden gemeinsam mit ostbelgischen Jugendlichen Lösungen in den Bereichen Emotionen und Selbstbild, politische Bildung, Abhängigkeit sowie Vielfalt und Integration erarbeitet.
- Im November 2018 wurde der erste „Jugendbericht“ zu den aktuellen Lebenswelten junger Menschen in Ostbelgien veröffentlicht.
- In Zusammenarbeit mit dem Jugendbüro und internationalen Experten wurde in Ostbelgien ein Seminar über bestehende Formen von Ausbildungen für Jugendarbeiter durchgeführt.
- Daraufhin folgte die Ausarbeitung eines praxisnahen, berufsbegleitenden Ausbildungskonzeptes zur Qualifikation von Jugendarbeitern.
- Auf Grundlage der Arbeitgeberumfrage, gefolgt von einem Arbeitgeberrundtisch, wurde sodann ein ständiger Bachelor-

Studiengang „Soziale Arbeit/Berufsbegleitende Ausbildung zum Jugendarbeiter in Ostbelgien“ geschaffen.

## 5.2. Was wollen wir erreichen ?

Die Jugendlichen erhalten zahlreiche Möglichkeiten, sich in allen Daseinsebenen frei zu entfalten und sich sozial zu verwirklichen.

Diese Möglichkeiten liegen einerseits in einer umfangreichen Bildung, andererseits aber auch in einem möglichst offenen Zugang zu Kultur-, Sport-, und Freizeitangeboten.

Unser Ziel ist es, diese Angebote für alle Jugendliche aufrecht zu erhalten und sie weiter auszudehnen, sodass alle in der DG, unabhängig von Geschlecht, Herkunftsland oder finanziellen Mitteln, die gleichen Chancen auf eine freie Persönlichkeitsentfaltung haben.

Jugendpolitik sollte dem Jugendlichen, unter Berücksichtigung seiner Bedürfnisse, auf ein Leben als mündigen, kritischen und freien Bürger vorbereiten: Seine Interessen sollten in diesem Zusammenhang den nötigen Raum finden.

Die Jugendarmut, die sich besonders im Mangel von Verwirklichungschancen manifestiert, ist leider auch in Belgien ein Problem mit zunehmender Brisanz.

Hierfür gibt es vielfältige Ursachen. Ein besonders effektiver Weg, diese Probleme zu lösen, besteht im permanenten Streben nach Bildungsgerechtigkeit (siehe unser bildungspolitisches Programm). Aber auch ein möglichst offener Zugang zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ist ein wichtiger Grundstein, um am sozialen Leben teilnehmen zu können und damit auch das Selbstwertgefühl von Jugendlichen zu stärken.

Wir möchten, dass die DG auch weiterhin spezifische Angebote für Jugendliche erarbeitet und für diese sensibilisiert (siehe unser Kulturprogramm) und allen Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten der Eltern, einen kostengünstigen Zugang zu diesen Angeboten und Informationen ermöglicht.

Zugleich müssen wir in der Bildungspolitik den Bedürfnissen der Jugendlichen Rechnung tragen (siehe unser bildungspolitisches Programm), damit sie ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft als mündige und kritische Bürger finden.

Grundsätzlich sollten wir in allen Politikbereichen die Interessen der Jugendlichen ernst nehmen, ihnen die Gelegenheit zum offenen Dialog anbieten und sie an der Zukunftsgestaltung unserer Gesellschaft teilhaben lassen.

Wir haben uns bewusst dafür entschieden, den Jugendlichen eine echte Chance auf Mitbestimmung zu geben.

U.a. haben wir daher Anfang 2019 Jugendliche dazu eingeladen, ihre Anregungen und Vorschläge für die Zukunft Ostbelgiens in Form von Film-Interviews in die Weiterentwicklung des Regionalen Entwicklungskonzeptes einfließen zu lassen.

#### ProDG setzt sich deshalb unter anderem ein für:

- die Einführung eines Jugendchecks als Versuch einer generationengerechten Politikgestaltung.
- die Weiterentwicklung des Jugendstrategieplans auf Basis des Jugendberichts 2018.
- die Unterstützung vor allem niedrigqualifizierter Jugendlicher bei der Arbeitssuche, so z.B. durch die AktiF-Förderung oder durch Einstiegspraktika.
- die Durchführung von Kampagnen zur Medienkompetenzvermittlung in Zusammenarbeit mit den Jugendeinrichtungen (siehe auch unsere Vorschläge zur Medienpolitik).
- flächendeckende Angebote zur Vorbereitung auf die Lehre („Anlehre“) für Jugendliche mit einem intensiveren Betreuungsbedarf.
- Unterstützungsangebote für Jugendliche mit schulischen Schwierigkeiten unter Einbeziehung aller betroffenen Dienste (siehe unser Bildungsprogramm).
- die Sensibilisierung von Jugendlichen, auf Basis ihrer Interessen und Bedürfnisse, für ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement.
- die Schaffung maßgeschneiderter Angebote für Kinder und Jugendliche mit psychischen Beeinträchtigungen, Hörschädigungen, neurologischen Schädigungen oder anderen Unterstützungsbedarfen sowie ihren Angehörigen (siehe auch unsere Vorschläge zum

Politikbereich Inklusion)

- eine grundlegende Reform der Berufsorientierung (siehe unser Bildungsprogramm).
- mehr Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen; in und außerhalb der Schulen. Wir begrüßen, dass Jugendliche schon ab 16 J am neugeschaffenen Bürgerrat der DG teilnehmen können. Wir unterstützen ebenso die Bemühungen zur Aufwertung der Schülerräte (siehe unser Bildungsprogramm).
- die Beendigung des Geoblockings. Wir unterstützen die entsprechenden Bemühungen unseres Ministerpräsidenten auf europäischer Ebene.
- einen kostenlosen Zugang zur Bildung. Wir unterstützen die Bemühungen unseres Bildungsministers, den Zugang zur Sekundarschule kostenlos zu gestalten; nach dem Vorbild der mittlerweile des mittlerweile ermöglichten kostenlosen Zugangs zur Grundschule.
- eine Aufwertung des Images der handwerklichen und technischen Berufe.
- kostengünstige Kultur- und Sportangebote für Jugendliche (siehe auch unsere Kultur- und Sportprogramme).
- den Ausbau spezifischer Angebote zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (siehe auch unsere Vorschläge zur Bildungspolitik).
- flächendeckende Angebote der Offenen Jugendarbeit und der aufsuchenden Jugendarbeiter (Streetworker) für Jugendliche, die nicht in Vereinen oder Verbänden aktiv sind.
- den Abbau von Bürokratie für ehrenamtliche Jugendliche.
- die Unterstützung der Mobilität von Jugendlichen.
- den Einsatz bei der zuständigen Wallonischen Region für bessere Busverbindungen in Ostbelgien.

- den Einsatz bei der zuständigen Wallonischen Region für eine Reform der aktuellen Kurse und Prüfungen zur Erlangung des Führerscheins. Die jetzige Praxis ist bürokratisch und ungerecht. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf entsprechende Bemühungen von Liesa Scholzen.
- die Unterstützung und den Ausbau von innerbelgischen und internationalen Jugendaustauschangeboten, damit möglichst viele Jugendliche zu günstigen Tarifen andere Sprachen und Kulturen kennenlernen.
- den Ausbau von Erasmus-Angeboten und die Erhöhung der entsprechenden Stipendien für Studenten.
- die Erhöhung von Studienbeihilfen, damit die Bildungschancen von Jugendlichen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.
- einen besseren Zugang zu Medizinstudien im In- und Ausland (siehe unser Bildungsprogramm).
- die Förderung von Sprachbädern und Immersionsprojekten im In- und Ausland, damit Jugendliche die Gelegenheit erhalten, Fremdsprachen in der Praxis zu erlernen.
- die Initiierung/Weiterführung von nationalen und internationalen Schulpartnerschaften, um das Angebot an Schüler- und Lehrlingsaustauschmöglichkeiten zu erweitern.
- gezielte Förderung von Betriebspraktika für Schüler und Lehrlinge.
- eine noch größere Durchlässigkeit zwischen einzelnen Ausbildungssystemen in der DG.
- eine unbürokratische grenzüberschreitende Gleichstellung von Diplomen und Berufsqualifikationen in Europa.
- einen flächendeckenden und kostengünstigen Zugang zum Internet, unabhängig vom Wohnort.
- eine bessere Förderung der politischen Bildung zum Beispiel über:
  - o die Initiierung eines verbesserten Angebots der Lehrerweiterbildung über fächerübergreifende politische Bildung

- o die Schaffung eigener und externer Unterstützungsangebote für Schulen
  - o die Verbesserung der Vernetzungen und Kooperationen mit Akteuren der politischen Bildung im In- und Ausland
  - o die Stärkung der Schülervertretung und Mitbestimmung von Schülerinnen und Schülern in allen Schulstufen
  - o die Implementierung eines ganzheitlichen Leitfadens zur politischen Bildung in allen Grund- und Sekundarschulen. Dazu sollen Fortbildungen angeboten und Unterstützungsangebote geschaffen werden.
- eine Reform der Hausaufgabenpraxis in unseren Schulen. Die Anzahl Hausaufgaben muss reduziert werden (siehe unser Bildungsprogramm).
  - neue öffentlich geförderte Unterstützungsprogramme, um teure, private Nachhilfestunden zu vermeiden.
  - die Unterstützung und Weiterentwicklung von Schüler- und Lehrlingsparlamenten.
  - eine verstärkte Bewusstseinsbildung für Themen der nachhaltigen Entwicklung.
  - den Ausbau von Präventionskampagnen im Kampf gegen weiche und harte Drogen sowie Alkoholmissbrauch.
  - Projekte zur Unterstützung eines generationenübergreifenden Dialogs von Jugendlichen mit älteren Mitbürgern.

## 6. MEDIEN

Die rasanten Entwicklungen in der Medienlandschaft prägen das gesellschaftliche Leben und stellen uns vor große Herausforderungen.

Es muss uns auch weiterhin gelingen, allen Menschen in Ostbelgien einen kostengünstigen Zugang zu Medienangeboten zu ermöglichen und trotz der Konkurrenz zahlreicher privater Medienunternehmen ein anspruchsvolles öffentlich-rechtliches Angebot aufrechtzuerhalten. Dem BRF kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

In einer zunehmend globalisierten Medienwelt brauchen Menschen die notwendige Medienkompetenz, die sie zu einem kritischen und fachkundigen Umgang mit Medien befähigt.

Um dem riesigen Informationsangebot in den modernen Medien nicht hilflos ausgeliefert zu sein, ist es wichtig, Strategien für eine zielgerichtete Nutzung zu erlernen.

Wichtig ist dabei die generationsübergreifende Arbeit. Um im Bereich Medienkompetenz möglichst viele qualifizierte Partner mit ins Boot zu holen, muss die digitale Kluft zwischen den Generationen geschlossen werden.

### 6.1. Was haben wir erreicht ?

- alle Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden mit Schulmediotheken ausgestattet.
- Das dort arbeitende Vollzeitpersonal folgte sowohl einer medientechnischen als auch einer verpflichtenden bibliothekarischen Ausbildung.
- Die Autonome Hochschule bietet im Dialog mit dem Unterrichtswesen und dem Medienzentrum medienpädagogische Fortbildungen für angehende und etablierte Lehrer an.
- Für Bürgerinnen und Bürger bietet das Medienzentrum darüber hinaus spezifische Aktivitäten und arbeitet in enger Absprache mit den Schulmediotheken und dem Ministerium sowie mit Jugendeinrichtungen, Erwachsenenbildungsorganisationen und



Kaleido Ostbelgien zusammen.

- Gemeinsam wurden Kampagnen gegen Cybermobbing, Fake News oder für Coding entwickelt.
- Hervorzuheben ist hier das Projekt „Mit Büchern groß werden“, das seit 20 Jahren mit einer hohen Rücklaufquote in der gesamten Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten wird.
- 2018 wurde ein neues Konzept zur Förderung des Bürgerfernsehens ins Leben gerufen: der Ostbelgienkanal. Auf dieser Internetplattform können Bürgerinnen und Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft eigens produzierte Filme hochladen.

## 6.2. Was wollen wir erreichen?

Wir setzen uns unter anderem ein für:

- ein möglichst vielfältiges Medienangebot in der DG.
- die Stärkung des Medienzentrums insbesondere im Bereich Medienkompetenzvermittlung.
- die Festigung der Schulmediotheken in allen Sekundarschulen.
- die Unterstützung des Offenen Kanals als unabhängiges Bürgerfernsehen.
- die Stärkung der Bibliotheken als Partner der Medienkompetenzvermittlung.
- die Zusammenführung von Netzwerken der schulischen und außerschulischen Medienbildung;
- die weitere Implementierung des rahmenplanorientierten Leitfadens zur Förderung von Medienkompetenz.

- den Ausbau der Angebote von öffentlichen Bibliotheken und Schulmediotheken.
  
- den Ausbau der Mediothek an der AHS.
  
- die Umsetzung des Leitfadens zur Medien- und Informationskompetenz.
  
- die Unterstützung des BRF als öffentlich-rechtliche Anstalt mit einem öffentlich-rechtlichen Informationsauftrag über das belgische Inlandsgeschehen und die gesellschaftspolitische Entwicklung in unserer Heimat.
  
- die Umsetzung des neuen Statuts für den BRF. Kürzlich hat die Regierung ein entsprechendes Abkommen geschlossen.
  
- die ständige Anpassung von Ausstattung und Ausrüstung des BRF an moderne Standards.
  
- die Vertiefung der Zusammenarbeitsabkommen zwischen dem BRF und professionellen Medienanstalten im In- und Ausland.
  
- die Umsetzung des kürzlich verabschiedeten Dekrets zur Anerkennung der Gebärdensprache.
  
- eine Anpassung der Pressebeihilfe (u.a.) an die Inflationsentwicklung, um sicherzustellen, dass professionelle journalistische Arbeit in deutscher Sprache möglich bleibt.

- die permanente Erneuerung und Erweiterung der Angebote der Materialausleihstellen.
- eine Verbesserung der Zugangskriterien und eine Vereinfachung der administrativen Prozeduren in den Materialausleihstellen

## 7. TOURISMUS

Der Tourismus ist seit jeher ein besonders wichtiger Wirtschaftsfaktor in Ostbelgien.

Mehr als 1000 Personen sind im Gastgewerbe tätig, sei es als Selbständiger oder als Arbeitnehmer.

Gemeinsam mit der Tourismusagentur Ostbelgien wollen wir den Tourismus als wichtiges wirtschaftliches Standbein festigen und möglichst ökologisch ausrichten.

Wir brauchen auch weiterhin eine angemessene Strategie zur touristischen Vermarktung unseres Gebiets.

Wir wollen unsere Arbeit in der kommenden Legislaturperiode am überarbeiteten touristischen Leitbild orientieren.

Die Marke „Ostbelgien“ stellt die Qualität in den Vordergrund und vereint ausgewählte Tourismusprodukte, Dienstleistungen und Betriebe.

Die Marke „Made in Ostbelgien“ kennzeichnet nun schon seit einigen Jahren regionale Lebensmittel. Hier kann der Verbraucher regionale Qualität aus Ostbelgien direkt erkennen.

Wie in unserem Kapitel zum Standort Ostbelgien beschrieben, wollen wir in bestimmten Zielgebieten für die hohe Lebensqualität in Ostbelgien werben, um Investitionen und zusätzliche Arbeitskräfte für unseren Standort zu gewinnen.

Dabei gilt es möglichst eng mit den Tourismusakteuren zusammenzuarbeiten.

Wir wollen Ostbelgien weiterhin als Rad- und Wanderregion positionieren. Ostbelgien verfügt über eine Vielzahl von Spazier- und Wanderwegen in und um unsere zahlreichen Ortschaften, die den Ansprüchen der heimischen Bevölkerung genügen, aber weniger den Touristen, die ganz Ostbelgien durchwandern möchten.

## 7.1. Was haben wir erreicht ?

- In zahlreichen Versammlungen mit den Tourismusakteuren vor Ort, den Gemeinden und den Forstämtern konnten in der auslaufenden Legislaturperiode ansprechende Strecken ausgesucht werden, die allen Ansprüchen gerecht werden können.
- Das Beschreibungskataster der 3.200 Straßenkreuzungen konnte verwirklicht werden
- Der Ausbau und die Beschilderung des Wander-Knotenpunktsystem können noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.
- Die Erweiterung des Programms „Service Qualität Ostbelgien“ trägt ihre Früchte. Mittlerweile wurden 18 Betriebe eingestuft, davon 4 in der anspruchsvollen Stufe 2, und nicht weniger als 93 Qualitätscoachs und Qualitätstrainer ausgebildet.
- Das Leuchtturmprojekt des Ostbelgischen Tourismus bleibt die Vennbahn. Sie hat mittlerweile zahlreiche internationale Auszeichnungen erhalten.
- die Regelungen für den Tourismus, darunter den Anerkennungs- und Einstufungskriterien für touristische Unterkünfte nach den Kriterien des europäischen HOTELSTAR-Systems, wurden reformiert und in einem einzigen Gesetzestext zusammengefasst.
- das Internetportal www.ostbelgientourismus.be wurde aufgebaut.
- Die Übernachtungszahlen in Ostbelgien haben zuletzt Rekordwerte erzielt.

## 7.2. Was wollen wir erreichen?

Um Ostbelgien als Urlaubsziel attraktiv zu gestalten, setzt sich ProDG insbesondere ein für:

- eine touristische Vermarktung der vielfältigen Kulturangebote.
- die Konzeption eines Leitwanderweges.
- die Verwirklichung des MTB-Trails „Stoneman“ für das Gästesegment der Mountainbiker.
- die Erstellung einer Markt- und Konkurrenzanalyse der Unterkunftsbetriebe.
- die Vorbereitung von Investorendossiers.
- eine noch engere Zusammenarbeit von Tourismus- und Kulturanbietern (unter Einbezug der regionalen Kulturzentren und der DGG).
- den Ausbau der Angebote für Senioren.
- eine Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft.
- die weitere Umsetzung des touristischen Leitbildes (Tourismusentwicklung Ostbelgien 2025).
- Investitionen in den Unterhalt und in den Ausbau der Vennbahn, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und ausländischen Partnern.
- die Vermarktung unserer Heimat als Rad- und Wanderregion sowie als Genuss- und Wohlfühlregion. Auch die besondere historische Entwicklung der Region eröffnet interessante Vermarktungsmöglichkeiten (Stichwort Geschichtstourismus).
- die weitere Positionierung unserer Region als Kongress- und Tagungsstandort.
- die Nutzung der kulinarischen Vielfalt und gastronomischen Tradition für die touristische Vermarktung (siehe auch Marke „Ostbelgien“).
- die Unterstützung von Hotelbetrieben bei Qualitätsverbesserungen.

- den konsequenten Ausbau der nationalen und internationalen Zusammenarbeit und die Einbindung der DG in entsprechende Netzwerke.
- den gezielten Rückgriff auf Förderangebote und Hilfen der EU.
- die gezielte Unterstützung von regionalen Produkten (siehe auch Marke „Ostbelgien“).

## 8. GESCHICHTSFÖRDERUNG

Zu einer zukunftsorientierten Regionalentwicklungsarbeit gehört die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Sie hilft uns dabei, unsere Region besser zu verstehen, ihre historische Entwicklung im Zusammenspiel mit makropolitischen Prozessen besser deuten zu lernen und auf diese Weise fundierte Antworten auf die Fragestellungen unserer Zeit zu entwickeln.

Durch eine kritische und sich an den historischen Fakten orientierende Auseinandersetzung mit der bewegten Geschichte unserer Region können wir einen wertvollen identitätsstiftenden Prozess in Gang setzen.

### 8.1. Was haben wir erreicht?

- Um eine systematische und fundierte Geschichtsarbeit in Ostbelgien voranzutreiben, hat die Regierung in dieser Legislaturperiode ein eigenes Zentrum für ostbelgische Geschichte (ZOG) gegründet. Gemeinsam mit dem Staatsarchiv in Eupen stellt das ZOG heute den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Geschichtsarbeit in der Region dar.
- Die Bände 1 bis 5 der Reihe „Grenzerfahrungen“ wurden veröffentlicht, einer regionalhistorischen Publikationsreihe, die vom Altertum bis heute eine Geschichte Ostbelgiens skizziert.
- Die Einrichtung neuer lokalhistorischer Museen in Eupen und Kelmis mithilfe finanzieller Unterstützung der DG durchgeführt werden.
- Eine eigene ostbelgien-spezifische Website www.geschichte.be wurde veröffentlicht, auf der regionalhistorische Inhalte abgerufen werden können.



## 8.2. Was wollen wir erreichen?

Wir wollen

- die begonnene Arbeit fortsetzen und dem Zentrum für ostbelgische Geschichte (ZOG) einen mehrjährigen Geschäftsführungsvertrag anbieten, um den Verantwortlichen und Mitarbeitenden Planungssicherheit zu geben.
- die Reihe „Grenzerfahrungen“ mit einem letzten Band vorerst abschließen.
- die Vernetzung der professionellen Geschichtsforscher und -vermittler mit dem Staatsarchiv, der Autonomen Hochschule, den Schulen und Jugendorganisationen sowie den regionalen Geschichtsvereinen und den Museen weiter vorantreiben.
- In der Geschichtspädagogik wollen wir uns dafür einsetzen, neue Forschungsergebnisse und bisher noch nicht veröffentlichtes Quellenmaterial in die Unterrichtsmaterialien einfließen zu lassen.
- Regionalhistorische Publikationen, Museen und lokale Initiativen zur Aufarbeitung und Vermittlung der Lokal- und Regionalgeschichte, Ausstellungen, Konferenzen, Tagungen, Führungen, usw. und die Vermittlung von historischen Inhalten über das Internet und die neuen sozialen Medien wollen wir daher gezielt unterstützen.
- Nicht zuletzt möchten wir rund um das Jubiläum „100 Jahre Ostbelgien“ in 2019-2020 eine umfangreiche und für alle Bürgerinnen und Bürger zugängliche Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten durchführen.
- Vor diesem Hintergrund möchten wir nach luxemburgischem Vorbild in Zusammenarbeit mit der Universität Luxemburg eine virtuelle Ausstellung zur Geschichte unserer Gemeinschaft in Auftrag geben.
- Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv weiter verbessern.

## 9. INTEGRATION – FORDERN UND FÖRDERN

Ostbelgien wird seit jeher von verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt. Kultureller Austausch und grenzüberschreitende Verständigung gehören hier zum Alltag und stellen eine wesentliche Stärke unseres Standortes dar.

Am 1. Januar 2018 lebten in der DG 77.185 Menschen. 17,65 % davon (13.619 Personen) waren Nicht-Belgier aus einem EU-Mitgliedsstaat (größtenteils Deutschland). 3,20 % (2.466 Personen) kamen aus einem Nicht-EU-Land.

Die Integration ausländischer Mitbürger ist nicht nur eine große Herausforderung, der sich eine Vielzahl an Akteuren aus den verschiedensten Bereichen stellen muss, sondern auch eine echte Chance, die Solidarität und Weltoffenheit der in Ostbelgien wohnenden Menschen zu stärken und auszubauen. Zudem wird insbesondere bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels die Gewinnung ausländischer Fachkräfte eine wichtige Chance für unsere Region darstellen.

### 9.1. Was haben wir erreicht ?

- Erstmals wurde eigenes Integrationsdekret entwickelt, das am 1. Januar 2018 in Kraft trat.
- Zentrales Element des Dekrets ist ein verpflichtender Integrationsparcours mit Sprach- und Integrationskursen und sozio-professioneller Beratung.
- eine eigene Anlaufstelle für Migranten (Info-Integration) wurde aufgewertet und strukturell abgesichert.
- zwei kommunale Integrationsbeauftragte (Eupen, Sankt Vith) wurden eingesetzt.
- das neu geschaffene “Netzwerk Integration” erarbeitet zurzeit weitere Handlungsempfehlungen, um die bestehenden Angebote zu verbessern und ein Folgeangebot zum bereits bestehenden Integrationsparcours zu schaffen, welches die berufliche Integration und die Ausweitung der Sprachkenntnisse (Niveau B-2) in Angriff nimmt.  
Wichtige Element sind der Ausbau der Kinderbetreuung und das Thema der Mobilität.

- Auch haben den Anstoß zur Einsetzung eines Runden Tisches der Religionen in Ostbelgien gegeben.

Der Runde Tisch vereint die Glaubensgemeinschaften in Ostbelgien und soll deren Dialog untereinander fördern. In diesem Zusammenhang wurde eine Gemeinsame Erklärung aller Glaubensgemeinschaften und der Regierung unterzeichnet, in der sich für ein friedvolles Zusammenleben in Ostbelgien und für einen gemeinsamen Einsatz gegen alle Formen der gesellschaftlichen Ausgrenzung und für mehr zwischenmenschlichen Zusammenhalt ausgesprochen wird.

- Zur Förderung von Schülerinnen und Schülern, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, wurden zum einen ein Online-Portal für Unterrichtsmaterialien in Deutsch als Zweitsprache und interkulturelle Pädagogik und zum anderen eine Koordinationsstelle für interkulturelle Belange eingerichtet.
- Nach umfangreicher Konzeptarbeit wurde die rechtliche Grundlage in Form des Dekrets vom 26. Juni 2017 zur Beschulung von erstankommenden Schülerinnen und Schülern geschaffen. Die Finanzmittel für die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund im Unterrichtswesen wurden seit 2014 vervierfacht.
- Auch bedurfte es neben den verschiedenen Ausführungserlassen der Planung, Umsetzung und Evaluation der Ausbildung Deutsch als Zweitsprache, die die Lehrer der Sprachlernklassen absolvieren müssen. Begleiträte wurden eingesetzt und Einstufungstests zur Ermittlung des Sprachstands der erstankommenden Schülerinnen und Schüler durchgeführt.
- Keine Gemeinschaft in Belgien investiert (im Proporz) so viel in Integration wie die DG. Wir stellen insgesamt mittlerweile 1.400.000 EUR für die Integration zur Verfügung.

## 9.2. Was wollen wir erreichen?

Wir wollen :

- in allen Politikbereichen wie der Bildung, Ausbildung, Beschäftigung, Gesundheit, Soziales oder Kultur Anstrengungen unternehmen, um die Integration von Neu-Ankommenden zu fördern und das friedvolle interkulturelle Zusammenleben in der Region zu stärken.
- So soll insbesondere die Integration von jungen Menschen durch eigene Maßnahmen im Rahmen des Jugendstrategieplans vorangetrieben werden.
- Auch möchten wir uns dafür einsetzen, eine größere Bildungsgerechtigkeit für erstankommende Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen und deren Teilhabe in Schule und Gesellschaft zu stärken.
- Die Haltung und die Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer im Umgang mit Diversität möchten wir durch hochwertige Fortbildungsangebote gezielt weiterentwickeln.
- Im Bereich Deutsch als Zweitsprache und Französisch als Zweitsprache soll die Integration von Schülerinnen und Schülern aus den Sprachlernklassen in den Regelunterricht verbessert werden.
- Ein Modul für Deutsch als Zweitsprache soll in die Lehrer-Erstausbildung aufgenommen werden. Auch sollen Konzepte zur durchgängigen, differenzierten Sprachförderung aufgebaut werden.
- Ein Modul zur Interkulturalität soll in die Lehrer-Erstausbildung aufgenommen werden.
- Personale und soziale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer sollen in Hinblick auf die Diversität in Schule und Gesellschaft gestärkt werden.
- Zudem wollen wir unsere Zusammenarbeit mit den Glaubensgemeinschaften fortsetzen.

Bei allen Entscheidungsfindungen ist eine aktive Einbindung und Teilhabe ausländischer Mitbürger eine wichtige Voraussetzung für das Erreichen einer Kooperation auf gleicher Augenhöhe.

Dabei muss immer eine ausgewogene Balance zwischen fördern und fordern im Mittelpunkt stehen.

Jeglicher Formen von Rassismus und Diskriminierung werden wir entschieden entgegenzutreten.

Zusammengefasst sind unsere Ziele:

- Integration von Neu-Ankommenden durch Maßnahmen in allen relevanten Politikbereichen.
- Integration von jungen Menschen im Rahmen des Jugendstrategieplans.
- Bildungsgerechtigkeit für erstankommende Schülerinnen und Schüler.
- Stärkung der Teilhabe erstankommender Schülerinnen und Schüler.
- hochwertige Fortbildungsangebote im Umgang mit Diversität für Lehrerinnen und Lehrer.
- weitere Aufwertung des erfolgreichen Referenzzentrums „Info Integration“.
- zusätzliche Fortbildungsangebote und Sensibilisierungsaktionen für Schulen.
- Aufnahme eines Moduls für Deutsch als Zweitsprache in die Lehrer-Erstausbildung
- Aufbau von Konzepten zur durchgängigen, differenzierten Sprachförderung.
- Aufnahme eines Moduls zur Interkulturalität in die Lehrer-Erstausbildung.
- Stärkung der personalen und sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer.
- Durchführung von Kurzhospitanzen für Angestellte des öffentlichen Dienstes zur Erlernung neuer Methoden und Konzepte.
- Online-Fortbildungsmodule zum Thema Interkulturalität in der der Verwaltung.

- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Glaubensgemeinschaften und des Runden Tisches der Religionen.
- Eine Verbesserung der Begleitung von MENAS (minderjährige Flüchtlinge)
- Weiterführung der Unterstützung von sozialen Treffpunkten, die im Norden der Gemeinschaft schon weiter verbreitet sind als im Süden.
- Konsequente Umsetzung des neu eingeführten verpflichtenden Integrationsparcours und Ausbau der Sprach- und Integrationskurse.
- Verbesserung der sozio-professionellen Integrationsangebote in Ostbelgien.
- Verbesserung der Anerkennung von nicht formalen Kompetenzen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, dem Arbeitsamt, Info-Integration und den Ausbildungszentren

## 10. SPORT

Sport, Bewegung und Gesundheit stehen in einem sehr engen Zusammenhang. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen weisen nicht erst seit gestern darauf hin, dass viele Jugendliche unter Fettleibigkeit, Kreislaufstörungen und anderen Gesundheitsproblemen leiden, weil sie sich schlecht oder falsch ernähren und weil sie sich zu wenig oder falsch bewegen.

Deshalb ist es unter anderem notwendig, den Schulsport weiter aufzuwerten, Gesundheitsprävention zu betreiben, Programme zur gesunden Ernährung in Schulen aufzulegen, Bewusstseinsbildung zu betreiben, die in unserer Gemeinschaft immer noch außerordentliche dynamische Sportvereinswelt zu unterstützen und dabei gezielt auf Jugendliche zuzugehen.

Sportvereine haben zudem einen hohen sozialen Wert, weil sie Menschen in einer zunehmend konsumorientierten Welt eine interessante und sinnvolle Freizeitbeschäftigung anbieten, bei der wichtige Kompetenzen wie Teamgeist, Disziplin, Durchhaltevermögen, Fairness und Konfliktfähigkeit gefördert werden. Da sportliche Aktivitäten, über Sprachbarrieren hinweg, verbindend wirken, können sie einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Neben der Priorität für den Breitensport muss die DG auch weiterhin ihre Spitzensportler und -mannschaften fördern, um ihnen im internationalen Wettbewerb Entwicklungschancen zu geben..

Dazu gehört über die aufgewertete finanzielle Unterstützung hinaus, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass gerade junge Aktive Sport und Ausbildung – sei es in der Schule oder in der Lehre – miteinander vereinbaren können.

### 10.1. Was haben wir erreicht?

- 2017 wurde die Breitensportentwicklungsstudie vorgestellt, als Basis schaffen für die künftige Entwicklung der gesamten Sportförderpolitik. Die Resultate sind mittlerweile in einen Aktionsplan eingeflossen.
- Erhöhung des Sporthaushaltes um 80% seit 2014.

- Erfolgreiche Einführung des Projektes „Fitte Schule“
- Zahlreiche Maßnahmen, um den Schulsport zu verbessern.
- Investitionen in Höhe von 5.500.000 EUR in Sportinfrastrukturen seit 2014

## 10.2. Was wollen wir erreichen ?

- die weitere Ausarbeitung von Aktionen zur Förderung des Breitensports unter aktiver Einbeziehung von Partnern aus der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und dem Sozialbereich.
- die Intensivierung eines strukturierten Dialogs mit den Sportfachverbänden und dem Sportrat.
- die Stärkung der Sportstrukturen in der DG und die Umsetzung der diesbezüglichen Empfehlungen des Sportrates.
- die Anerkennung des E-Sports auf der Grundlage des Sportdekrets.
- die Einrichtung von weiteren Leistungszentren.
- die Aufnahme von Projektanträgen in den Infrastrukturplan der DG; auf der Grundlage der in dieser Legislaturperiode erstellten Sportstättenplanung.
- die Förderung des Schulsports auf der Grundlage des Rahmenplans durch die Bezuschussung von Sportausrüstungen, Infrastrukturzuschüsse, zusätzliche Weiterbildungsangebote für Sportlehrer, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Sportvereinen usw.
- die gezielte Förderung von Sportlern mit einer Beeinträchtigung bzw. Behinderung.
- die Förderung von frühkindlicher Bewegungserziehung, die die körperliche und geistige Entwicklung von Kindern positiv beeinflussen kann.



- die Unterstützung von Bewusstsein bildenden Kampagnen wie die „Schülerolympiade“.
- den Ausbau professioneller Aus- und Weiterbildungsangebote in Zusammenarbeit und eine Anerkennung erworbener Kompetenzen auf der Grundlage des Europäischen Qualifikationsrahmens.
- die Förderung von nationalen und internationalen Austauschprogrammen für Sportler.
- effiziente Präventionskampagnen und Kontrollen im Kampf gegen Doping auf der Grundlage der in dieser Legislaturperiode reformierten Gesetzgebung.

## 11. EHRENAMT

Rund 42 Prozent der Ostbelgier bringen sich ehrenamtlich auf vielen, gesellschaftlichen Ebenen ein, um anderen Menschen zu helfen bzw. um einen Verein zu unterstützen. Dafür sind wir sehr dankbar!

Ehrenamtliches Engagement und Freiwilligenarbeit stärken eine Gesellschaft. Daher sollten wir alles tun, um das Ehrenamt zu fördern und aufzuwerten.

### 11.1. Was haben wir erreicht?

- die Einführung einer kostenlosen Zusatzversicherung (18.708 solcher Versicherungen wurden von ostbelgischen Ehrenamtlichen abgeschlossen)
- die Einrichtung einer „Servicestelle Ehrenamt“ im Ministerium (rund 600 Beratungen und Informationsdienstleistungen wurden durchgeführt).
- die Beratung, Information und Vermittlung von Ehrenamtlichen.
- die Einrichtung eines Informationsportals zum Thema Ehrenamt auf der Website des Ministeriums.
- zahlreiche Schulungen für Ehrenamtliche.
- zweijährliche Seminare über das Freiwilligenmanagement für Vorstandsmitglieder und Verantwortliche von Organisationen, Vereinen und Projekten.
- Informationsveranstaltungen „Ich habe da mal eine Frage“ (400 Teilnehmer) .
- regelmäßige Netzwerktreffen und Infomärkte mit insgesamt rund 2.000 Besuchern und 146 Ausstellern.

## 11.2. Was wollen wir erreichen?

Die Ehrenamtsorganisationen sind zu Recht der Meinung, dass die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt weiter verbessert werden müssen.

Dazu gehören Anerkennung, Gewinnung und Bindung von Ehrenamtlichen in den ostbelgischen Vereinen.

Wir möchten weiterhin eine Anerkennungskultur des Ehrenamts fördern.

Wir setzen uns ein für:

- die Fortsetzung und die Erweiterung der oben genannten Initiativen.
- die Verbesserung der Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.
- die Anerkennung und Validierung von im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen und die Einordnung dieser Kompetenzen in den europäischen Qualifikationsrahmen.
- kostenfreie Schulungen.
- weitere Informationsveranstaltungen zu Themen wie VoG-Gesetzgebung, Steuern, Finanzen und Versicherungen.
- den Ausbau der Servicestelle Ehrenamt und die Verbesserung von Dienstleistungen für Ehrenamtliche.
- den Aufbau einer Interessenvertretung der Ehrenamtlichen (Rat für Ehrenamtliche)
- den Ausbau der Online-Ehrenamtsbörse
- die Anerkennung, Auszeichnung und mediale Abbildung von ehrenamtlichen Engagement
- eine gezielte Unterstützung für Vereinsvorstände durch Seminare „Freiwilligenmanagement und Vereinscoaching.“
- eine gründliche Durchforstung aller Verwaltungsabläufe, die dem ehrenamtlichem Engagement im Wege stehen.
- die Unterstützung der Vereine bei der Anwerbung von Ehrenamtlichen.

## 12. FAMILIE

Familie ist der Ort, wo Menschen unterschiedlichen Alters solidarisch füreinander eintreten. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist die Familie eine Lernwerkstatt, die einen enormen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung der heranwachsenden Generation leistet. Die Stärkung der Lebensform Familie - egal ob klassische Familienstruktur, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilie - ist das zentrale Anliegen unserer familienpolitischen Anstrengungen.

### 12.1. Was haben wir erreicht?

- Verdopplung der Finanzmittel für die Kleinkindbetreuung seit 2014.
- Einrichtung von 73 zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kleinkinder seit 2014.
- Aufwertung der Entschädigung von Tagesmüttern um 9 % seit 2014.
- Erhöhung der Gehälter von Kinderbetreuern und Familienhelfern um bis zu 21 % im Jahre 2018.
- Schaffung zusätzlicher Ausbildungsangebote für Kleinkindbetreuer.
- Einführung von Kindergartenassistenten in den Kindergärten. 50 zusätzliche Stellen werden geschaffen.
- Schaffung der gesetzlichen Grundlage, um das Eintrittsalter in den Kindergarten ab 2021 von 3 auf 2,5 Jahre absenken zu können.
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für neue Betreuungsformen (in Form von Mini-Krippen, Tagesmütterhäusern und Kinderhorten)
- Einrichtung eines Internetportals zur Datenerhebung und zur Online-Reservierung von Kleinkindbetreuungsplätzen

- Einrichtung von 4 zusätzlichen Standorten für die außerschulische Betreuung von Schülern , vorwiegend im Süden der DG und während der Sommermonate, da sich dort der größte Bedarf abzeichnet.
- Heute werden 885 Kinder in Kinderkrippen und bei Tagesmüttern betreut. Weitere 2.675 Kinder nehmen außerschulische Betreuungsangebote in Anspruch.
- Insgesamt konnten die Angebote für die externe Betreuung von Kleinkindern seit 2005 um 40 % und für die Betreuung von Kindern unterhalb von 12 Jahren sogar um 85 % erhöht werden.
- Weiterentwicklung von niederschweligen Angeboten der Erziehungs- und Familienberatung.
- Unterstützung von neuen Projekten zur Eltern-Kind-Bildung (Kaleido).
- Einführung eine eigenen Familienzulagensystems und Zusammenlegung der Kindergeldkassen.
- Erhöhung der Mittel für das Kindergeld. Der Bund der Familien bezeichnet unser System als das „größzügigste“ und kinderfreundlichste“ in Belgien. Die DG ist die einzige Gemeinschaft, die mehr Geld in das Kindergeld investiert, als sie hierfür vom Föderalstaat erhält. Mehr als 60 % aller Familien in der DG erhalten seit Februar 2019 ein höheres Kindergeld.
- Erarbeitung eines Masterplans 2025 für die Kinderbetreuung, mit dem Ziel, bis 2025 den gesamten Bedarf zu 100% abzudecken und aller Wartelisten komplett abzubauen.

## 12.2. Was wollen wir erreichen?

Wir wollen den Betreuungsbedarf zu 100 % erfüllen und zu einer Modellregion im Bereich der Kleinkindbetreuung werden!

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen u.a. 109 zusätzliche Betreuungsplätze für Kleinkinder eingerichtet werden.

Deshalb schlagen wir eine weitere Kinderbetreuungsoffensive vor.

Wir wollen den **Masterplan 2025** integral umsetzen! (siehe unser ausführliches Wahlprogramm)

Darüber hinaus wollen wir:

- ab September 2021 das Einstiegsalter in den Kindergarten von 3 auf 2,5 Jahre absenken. Diese Maßnahme ist bereits 2018 auf Vorschlag unseres Bildungsministers vom Parlament beschlossen worden.
- die Betreuungszeiten in der Kinderbetreuung flexibilisieren, um den veränderten Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden.
- die Ferienangebote deutlich erweitern. Hier gibt es immer noch großen Nachholbedarf.
- die Betreuungsangebote für kranke Kinder ausweiten.
- die Unterstützung von Familien mit Mehrlingsgeburten fortführen.
- uns weiterhin beim Föderalstaat für einen besseres Statut der Tagesmütter einsetzen. Die Pilotprojekte der beiden anderen Gemeinschaften wollen wir eng beobachten.
- die Tagesmütter weiter finanziell (Kostentschädigungen und Pauschalen) aufwerten und dabei steuerliche Nachteile vermeiden.
- die Weiterbildungsmöglichkeiten für Tagesmütter verbessern.
- Co-Tagesmütterstrukturen unterstützen.
- zusätzliche Angebote der Aus- und Weiterbildung für Kinderbetreuer und Kinderpfleger finanzieren.

- ein Konzept zur Anerkennung der Weiterbildungen und Tätigkeit als Tagesmutter zum vereinfachten Einstieg in den Beruf als Kinderbetreuer ausarbeiten und die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Anerkennung der Weiterbildungen und der Tätigkeit als Tagesmutter zum vereinfachten Einstieg in den Beruf als Kinderbetreuer schaffen.
- nach dem Vorbild der eingeführten Kindergartenassistenten ein Konzept zur Einführung des Berufsbildes „Assistenten der Kinderbetreuer“ verwirklichen, um die Kinderbetreuer zu unterstützen.
- wohnortsnahe Mini-Kinderkrippen ausbauen.
- die Inklusion in der außerschulischen Betreuung fördern.
- die aktuellen Berechnungsmodalitäten und die Höhe der finanziellen Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten evaluieren und im Interesse der Eltern reformieren.
- die Schulbesuchskosten weiter absenken.
- die Anzahl Hausaufgaben in den Grundschulen durch alternative Konzepte reduzieren. (siehe auch unsere Vorschläge zu Unterricht und Ausbildung)
- Alternativen zu teuren privaten Nachhilfestunden entwickeln und finanziell unterstützen.
- die Erziehungskompetenz der Eltern stärken und Projekte zur Eltern-Kind-Bildung aufwerten.
- Familien mit vielfältiger Problembelastung unterstützen, frühzeitig auffangen und dadurch die Sozialdienste entlasten.
- den 2014 geschaffenen Dienst für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido) stärken.
- die Berufsorientierung verbessern (siehe auch unsere Vorschläge zu Unterricht und Ausbildung)
- Präventionsprogramme für Kinder und Jugendliche weiter ausbauen; z.B. in Themenbereichen wie dem Umgang mit digitalen Medien, Cybermobbing, Konflikt- und Gewaltprävention, Stärkung der sozio-emotionalen Kompetenzen, Suchtverhalten, usw.
- den Bereich der Kleinkindbetreuung noch enger mit der Bildungspolitik verzahnen, wie es auf europäischer Ebene bereits seit

Jahren angeregt wird (der Bereich „Early Childhood and Care“ gehört dort zur Zuständigkeit „Education“).

- die Finanzmittel für die Familienpolitik in der DG weiterhin konsequent erhöhen.
- uns weiterhin beim Föderalstaat für eine Ausdehnung der Elternzeit einsetzen.



## 13. SENIOREN

Die Lebensqualität der älteren Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erhöhen, muss ein ständiges Anliegen einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik sein.

Wir müssen den Rahmen dafür schaffen, dass alle Menschen in unserer Gemeinschaft, unabhängig von ihrem Einkommen, selbstbestimmt und in Würde altern können!

Dabei müssen die spezifischen Bedürfnisse, die unterschiedlichen Lebensphasen und die verschiedenen Lebenslagen dieser heterogenen Zielgruppe umfassend in den Blick genommen und bedarfsgerechte Lösungen ausgearbeitet werden.

Für die Seniorenpolitik haben wir mit der 6. Staatsreform neue Handlungsmöglichkeiten erhalten, die wir jetzt nutzen müssen, um dafür zu sorgen, dass jede Frau und jeder Mann in unserer Gemeinschaft selbstbestimmt und in Würde altern kann.

Dieses Ziel liegt uns ganz besonders am Herzen.

Denn hier geht es um Werte, um Werte wie Freiheit, Solidarität und Menschlichkeit.

Hier geht es um grundlegende Werte des sozialen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

### 13.1. Was haben wir erreicht?

In den letzten Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, zum Beispiel um pflegende Angehörige besser zu unterstützen, alternative Wohnformen zu ermöglichen und betreutes Wohnen zu fördern.

- 2017 und 2018 wurde ein Pilotprojekt einer Seniorenwohngemeinschaft, unter Federführung des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, St. Joseph, umgesetzt. Hieraus konnten erste wesentliche Erkenntnisse gewonnen werden.
- Die Mittel für die häuslichen Hilfen wurden in dieser Legislaturperiode um 40 % erhöht.
- die Gehälter von Familien- und Seniorenhelfern wurden im vergangenen Jahr bereits um bis zu 21% angehoben.
- Ein erstes Seniendorfhaus konnte eingerichtet werden. Ein zweites wird folgen.
- Die Anzahl Plätze in Alten- und Pflegewohnzentren konnte seit 2014 um 111 Einheiten erweitert werden.
- Seit 2014 wurden 10 Millionen EUR in die Renovierung und den Ausbau von Alten- und Pflegewohnheimen investiert.
- Vor kurzem wurde ein neues Grundlagendekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf verabschiedet.

## 13.2. Was wollen wir erreichen?

- in der Seniorenpolitik eine Modellregion werden und den gesamten Bedarf zu 100 % abdecken.
- 150 zusätzliche Alten- und Pflegeheimplätze finanzieren.
- den Neubau eines erweiterten Alten- und Pflegewohnzentrums in St.Vith unterstützen.
- die Personalnormen in den Alten- und Pflegewohnzentren verbessern.
- die Arbeitsbedingungen in allen Zentren zu verbessern.
- die Gehälter in den Alten- und Pflegewohnzentren spürbar erhöhen auf der Grundlage des kürzlich mit den Sozialpartnern unterzeichneten Rahmenabkommnes zur Aufwertung des nicht kommerziellen Sektors.
- Projekte des intergenerationellen Lebens und Lernens verstärkt fördern.
- die Finanzmittel für Mobilitätshilfen weiter anheben.
- die Gesundheit fördern und Vereinsamung vermeiden.
- pflegende Angehörige unterstützen.
- barrierefreien Wohnraum schaffen.
- Seniorenengossenschaften unterstützen.
- Quartierskonzepte fördern.
- eine seniorengerechte Gestaltung des öffentlichen Raums unterstützen .
- eine seniorengerechte Nahversorgungsinfrastruktur unterstützen.
- Mobilitätskonzepte für ältere Menschen fördern.

- die in der auslaufenden Legislaturperiode erarbeitete Demenzstrategie verwirklichen. Wir setzen uns für eine umfassende Sensibilisierung der Bevölkerung ein, für Information und Weiterbildung, für eine Stärkung des wertvollen ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich, und für die Ausdehnung von Angeboten für Demenzkranke und ihre Angehörigen. Das neue Seniorendekret war ein Schritt, um die Betreuung von Demenzpatienten in den Wohn- und Pflegezentren zu verbessern. Bei der Betreuungskapazität wird dementiellen und psychischen Veränderungen besser Rechnung getragen. Nichtsdestotrotz möchten wir die Betreuung und Pflege von Menschen mit Demenz noch weiter verbessern und auch das Pflegepersonal bei dieser Herausforderung intensiver unterstützen.
- die häuslichen Hilfen weiter ausbauen.
- zusätzliche Seniorendorfhäuser fördern.
- Freizeit-, Bildungs-, Kultur und Begegnungsangebote für ältere Menschen gezielt erweitern.
- in der Arbeitsmarktpolitik spezifische Anreize schaffen, um älteren Arbeitssuchenden neue Beschäftigungsperspektiven zu ermöglichen. Die kürzlich beschlossenen Arbeitsmarktreformen in der DG sind hierfür eine gute Basis.

## 14. GESUNDHEIT

Gesundheit ist unser höchstes Gut.

Die DG ist nicht für alle Aspekte der Gesundheitsversorgung zuständig. Sie hat beispielsweise nicht die Möglichkeit, in den Krankenhäusern zusätzliches Personal einzustellen; sie kann auch keine Gehälter in den Krankenhäusern erhöhen; obwohl das dringend geboten ist. Dafür ist in Belgien der Föderalstaat zuständig.

Trotzdem verfügt die DG seit der 6. Staatsreform über zahlreiche Instrumente, um einen Beitrag zu einer guten und flächendeckenden Gesundheitsversorgung zu leisten.

Das gilt besonders für die Gesundheitsprävention und die Krankenhausinfrastruktur.

### 14.1. Was haben wir erreicht?

- Erhöhung der Finanzmittel für Gesundheitsprävention.
- Erhöhung der Investitionen in die Infrastruktur und die Ausstattung der Krankenhäuser.
- Alleine für das Bauprojekt des St. Nikolaus Hospitals in Eupen wurden kürzlich 13 Millionen EUR freigegeben. Die DG bezuschusst diese Investition zu 80 % und sichert die Vorfinanzierung des Eigenanteils mit zinslosen Darlehen ab.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Finanzierung von Infrastruktur und Ausstattung der Krankenhäuser.
- Unterstützung der beiden Krankenhäuser bei der Anbindung an ein größeres Referenzzentrum (CHC).
- Abschluss eines Rahmenabkommens mit der Krankenpflegevereinigung (KPVDB) und der Autonomen Hochschule, das die langfristige Durchführung von Zusatzausbildungen und Weiterbildungen im Krankenpflegesektor strukturell absichert.

- Umsetzung föderaler Projekte auf Ebene der Dienstleister der ersten Linie in Zusammenarbeit mit den Hausärztekreisen. Initiativen wie die einheitliche Rufnummer oder Bereitschaftsdienstzentralen sollen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Hausärzte beitragen und auch die Niederlassung junger Hausärzte auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft fördern.
- Reform und Erhöhung der Mittel des Impulseo-Fonds, um unseren Standort für Ärzte attraktiver zu machen.
- Erhöhung der Gehälter von Familien- und Seniorenpflegern.

## 14.2. Was wollen wir erreichen?

- dass unsere beiden Krankenhäuser in Eupen und St.Vith langfristig abgesichert werden und sich in einem Netzwerk mit spezialisierten Kliniken entfalten können.
- dass die DG den beiden Krankenhäusern genügend Mittel für moderne Infrastrukturen und Ausstattungen zur Verfügung stellt.
- dass das innovative Projekt der Interkommunale Vivias und der St Josef Klink in St.Vith zur Modernisierung des Krankenhauses und zum Bau eines erweiterten Alten- und Pflegewohnzentrums von der DG bezuschusst wird.
- dass eine integrierte Gesundheitsversorgung für die gesamte DG möglich wird.
- dass die langfristig angelegte, in der auslaufenden Legislaturperiode erarbeitete „Gesundheitsplan“ für Ostbelgien verwirklicht.
- dass die bestehende Ostbelgienregelung auf föderaler Ebene weiter verbessert wird (insbesondere in Bezug auf den Zugang zu Medikamenten und die Vereinfachung administrativer Abläufe).
- dass die bestehende Ostbelgienregelung durch Zonen für grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (ZOAST) ergänzt wird. Der politische Wille dazu ist mittlerweile sowohl in Belgien als auch in Deutschland (NRW und Rheinland-Pfalz) vorhanden. Die Lobbyarbeit Regierung der DG war erfolgreich.

Jetzt kommt es darauf an, unsere Krankenhäuser mitzunehmen und präzise all jene Dienste und Dienstleistungen zu definieren, die in ein solches Abkommen aufgenommen werden können, ohne die Existenz der eigenen Häuser zu gefährden.

Für uns steht fest, dass alle deutschsprachigen Belgier einen Anspruch auf eine umfassende Gesundheitsversorgung in ihrer Muttersprache haben! Das ist eine Frage der Gleichberechtigung. Dafür werden wir uns immer einsetzen!

- dass der Zugang zu Medizinstudien im In- und Ausland für deutschsprachige Belgier deutlich vereinfacht wird.

Die jetzige Situation empfinden wir als diskriminierend und unzumutbar!

Dazu hat es bereits zahlreiche Gespräche auf föderaler Ebene, mit den Ministerpräsidenten und Unterrichtsministern der Flämischen und der Französischen Gemeinschaft gegeben; genauso wie mit den Verantwortlichen der Kultusministerkonferenz in Deutschland, mit den Ministerpräsidenten und zuständigen Ministern unserer Nachbarregionen in Deutschland und Luxemburg.

Zwar konnten in diesen Gesprächen Fortschritte erzielt werden.

Flandern hat sich beispielsweise bereit erklärt, die Zulassungsprüfungen in deutscher Sprache anzubieten.

Der Ministerpräsident der Französischen Gemeinschaft hat sich dazu ebenfalls grundsätzlich bereit erklärt; allerdings will die Französische Gemeinschaft vorher noch einige juristische Fragen klären.

Wir sind zuversichtlich, dass es schon zu Beginn der kommenden Legislaturperiode gelingen wird, mit den beiden anderen Gemeinschaften unseres Landes entsprechende Abkommen zu schließen, um überall in Belgien Zugangsprüfungen in deutscher Sprache zu ermöglichen.

Gleichzeitig wollen wir unsere Kontakte zu unseren Nachbarn weiter vertiefen, um Kontingente für ostbelgische Medizinstudenten zu erhalten.

Zudem streben wir in diesem Zusammenhang eine Partnerschaft zwischen der Universität Luxemburg und der Autonomen Hochschule in der DG an.

Die bereits erfolgten Gespräche mit der luxemburgischen Regierung und den Universitätsverantwortlichen halten wir für vielversprechend; wir wollen sie in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen.

Auch eine Zusammenarbeit mit Südtirol wollen wir ausloten. Sie könnte vielversprechend sein.

Südtirol leidet unter ähnlichen Problemen wie die DG und ist an einer Zusammenarbeit interessiert.

- dass das bestehende Studienbeihilfensystem reformiert wird und finanzielle Anreize für die Aufnahme eines Medizinstudiums geschaffen werden. Ein entsprechendes Vorprojekt wurde mittlerweile erarbeitet. Wir wollen das Projekt schnellstmöglich verwirklichen.
- dass weitere Anreize geschaffen werden, damit sich zusätzliche Haus- und Fachärzte, Pflegekräfte und andere Gesundheitsdienstleister in Ostbelgien niederlassen und dabei die deutsche Sprache verstärkt berücksichtigt wird.
- dass der Dienst für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (Kaleido) weiter gestärkt wird.
- dass verstärkt im Bereich der Drogenprävention gearbeitet wird.
- dass die Impfstatistiken komplettiert werden und verstärkt für das Thema Impfen sensibilisiert wird.
- dass die ausgearbeitete Demenzstrategie verwirklicht wird.



## 15. INKLUSION

Wir wollen den Rahmen dafür schaffen, dass alle Menschen an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens barrierefrei teilnehmen können.

„Es ist normal, verschieden zu sein“ (Richard von Weizsäcker).

### 15.1. Was haben wir erreicht?

- die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung wurde in eine Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben, kurz DSL, umgewandelt und mit zusätzlichen Befugnissen ausgestattet. Die Finanzmittel der DSL wurden deutlich erhöht.
- das Dekret zur Anerkennung der deutschen Gebärdensprache wurde verabschiedet.
- das Dekret zur Anerkennung der Assistenztiere wurde auf den Weg gebracht. Wir setzen uns dafür ein, dieses Dekret in der kommenden Legislaturperiode zu verabschieden.
- das Zentrum für Förderpädagogik wurde aufgewertet.
- die belgienweit erste inklusive Grundschule in Bütgenbach wurde eröffnet.
- die Integrationsstunden für die Integration von Schülern mit einer Beeinträchtigung wurden um 25 % erhöht.

### 15.2. Was wollen wir erreichen?

Wir wollen dazu beitragen, dass alle Menschen mit oder ohne Behinderung gemeinsam bei der Entdeckung und Ausübung ihrer individuellen kulturellen, künstlerischen und sozialen Kompetenzen gefördert werden.

Wir müssen verstärkt lernen, dass es normal ist, anders zu sein, bzw. zu erkennen, dass es keine vordefinierte Normalität gibt und geben kann.

Unter anderem wollen wir:

- die Frühhilfen bedarfsgerecht ausbauen.
- das Dekret zur Anerkennung der Gebärdensprache in allen Bereichen umsetzen.
- zusätzliche Angebote schaffen zum Beispiel in den Bereichen Hörschädigung, Demenz, neurologische Schädigungen.
- weitere Maßnahmen ergreifen, um die berufliche Rehabilitation von Menschen mit psychischer Beeinträchtigung zu erleichtern.
- Dienstleistungen im Rahmen des Case Managements der DSL besser abstimmen und koordinieren.
- auf der Grundlage der beschlossenen Arbeitsmarktreformen Anreize schaffen, um Menschen mit einer Beeinträchtigung zusätzliche Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen.
- den nicht kommerziellen Sektor stärken und die wertvolle Arbeit von Tagesstätten, Beschützenden Werkstätten und allen anderen Einrichtungen unterstützen, die sich in diesem Bereich engagieren.
- das Förderdekret für das Unterrichtswesen weiter umsetzen.
- das Zentrum für Förderpädagogik weiter aufwerten.
- eine Reform des Systems zur Vergabe von Integrationsstunden verwirklichen, um Bürokratie abzubauen und eine bedarfsgerechtere Verteilung der angebotenen Unterstützung zu erreichen.
- die Einrichtung von zusätzlichen inklusiven Schulen fördern.
- den Aktionsplan „DG inklusiv 2025“ mit all seinen Teilzielen umsetzen

## 16. UMWELT, ENERGIE, MOBILITÄT, NACHHALTIGKEIT

Wir müssen in allen Zuständigkeitsbereichen der DG den Begriff der Nachhaltigkeit mit Leben erfüllen. Wir können es uns nicht erlauben, alle Ressourcen zu Lasten kommender Generationen aufzubrechen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf unsere politischen Leitlinien, in den wir uns mit nachhaltigem Verhalten beschäftigen.

Die DG muss alle ihr heute und in absehbarer Zukunft zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um im Bereich des Klimaschutzes eine Modellregion in Belgien zu werden.

### 16.1. Was haben wir erreicht?

Die DG verfügt bislang weder über Befugnisse in der Energiepolitik, noch ist sie für die Mobilitätspolitik zuständig.

Dennoch hat sie sich bemüht Verantwortung zu übernehmen:

- Einrichtung einer Lenkungsgruppe zur Förderung gemeindeübergreifender Maßnahmen.
- Mit Unterstützung der DG haben sich alle deutschsprachigen Gemeinden dazu entschlossen, dem globalen Konvent der Bürgermeister beizutreten, der weltgrößten Klimainitiative auf lokaler Ebene. Über 7.700 Kommunen aus 53 Ländern setzen sich gemeinsam und partnerschaftlich für Klimaschutz und Nachhaltigkeit ein.
- Auch die DG ist dem Konvent als einer von 208 Gebietskoordinatoren beigetreten.
- In Zusammenarbeit mit dem renommierten Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie wurde ein integrierter Energie- und Klimaplan für die Deutschsprachige Gemeinschaft ausgearbeitet, der sich sowohl auf Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, als auch der Gemeinden erstreckt.
- Auch haben wir in der vergangenen Legislatur, gemeinsam mit Partnern aus Deutschland, Frankreich und Luxemburg, an der Umsetzung des EU-Interreg-Projekts „Energiewaben“ mitgewirkt. Ziel des Projektes ist es seit 2017, wissenschaftlich zu untersuchen, wie die Versorgung aus

fluktuierenden erneuerbaren Energien in abgegrenzten Regionen maximiert und überregionale Stromausgleiche initiiert werden können. Dies sind wichtige Grundlagen für den Umstieg von fossiler und Atomenergie auf nachhaltige erneuerbare Versorgungsformen.

- Beitritt der DG zur 2016 gegründeten „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“.
- In Sachen Energieeffizienz und nachhaltiges Bauen wurde das Vorzeigeprojekt „energieautarkes Naturzentrum Ternell“ umgesetzt.
- Insgesamt hat die DG im Energieeffizienzbereich Eigeninvestitionen und Zuschüsse in Gesamthöhe von 11,4 Mio. EUR getätigt.
- die Verhandlungen mit der wallonischen Regierung zur Übertragung von Energiezuständigkeiten an die DG konnten erfolgreich abgeschlossen werden.
- im Ministerium wurde ein innovatives Energiebuchhaltungskonzept eingerichtet, das dazu beitragen soll, die internen Energieverbräuche besser zu steuern und zu senken. Dieses Konzept soll zukünftig auf weitere Institutionen in Ostbelgien ausgeweitet werden.
- Im Bildungswesen wurde verstärkt auf die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen ab dem Kindergartenalter gesetzt.

## 16.2. Was wollen wir erreichen?

Gemeinsam mit den Gemeinden wollen wir alles Notwendige tun, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Ostbelgien bis 2030 um mindestens 40% zu senken.

Bis 2050 wollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen um mindestens 80 % senken. Darüber hinaus halten wir uns unserem Ziel fest, eine energieautarke Region zu werden.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir gemeinsam mit den Gemeinden prioritär mit der konkreten Umsetzung des Energie- und Klimaplans für Ostbelgien (siehe Anlage) beginnen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien und die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen (insb. Erlass zum nachhaltigen Bauen) wollen wir in diesem Rahmen gezielt ausbauen bzw. unterstützen.

Wir setzen uns für die Einführung eines verbindlichen Leitfadens für nachhaltiges Bauen in Ostbelgien ein. Dieses Vorhaben konnte leider in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr verwirklicht werden. Wir schlagen vor, die neuen Zuständigkeiten (Raumordnung und Wohnungswesen) zu nutzen, um ein integriertes Konzept für nachhaltiges Bauen in unserer Gemeinschaft zu verwirklichen. Für den sozialen Wohnungsbau schlagen wir eine energetische Sanierungsoffensive vor. Dies würde zu einer Senkung des Energieverbrauchs und die Bewohner finanziell entlasten.

Auch möchten wir in diesem Zusammenhang die Umsetzung der beschlossenen Übertragungen energiepolitischer Zuständigkeiten nutzen.

Ab 2020 werden wir nun über eigene Zuständigkeiten im Bereich der Auszahlung von Energieprämien, der Energieberatung, der sozialen Energiepolitik, der Unterstützung öffentlicher Körperschaften und Behörden verfügen.

Über die unmittelbare Steuerung von spezifischen Teilen der regionalen Energiepolitik werden wir fortan über Hebel verfügen, die zur Verwirklichung einer ambitiösen, umfassenden und kohärenten Energiepolitik in Ostbelgien beitragen.

Zentrale Herausforderungen werden in diesem Zusammenhang darin bestehen, die spezifischen Potenziale und Bedarfe Ostbelgiens fundiert zu ermitteln und mögliche Wechselwirkungen der neuen Zuständigkeiten mit anderen Zuständigkeiten wie der Raumordnung, dem Wohnungswesen oder der Sozialpolitik zu identifizieren und effizienzorientiert zu nutzen.

Nicht zuletzt wollen wir die Bewusstseinsbildung der Ostbelgierinnen und Ostbelgier für die Nachhaltigkeit vorantreiben. Über die regionale Lebensmittelmarke „Made in Ostbelgien“ haben wir bereits 2013 ein wirksames Werkzeug für mehr Sichtbarkeit für regionale Produkte und regionale Wertschöpfung geschaffen. 24 Produzenten und 7 weitere Partner haben sich dem Label mittlerweile angeschlossen. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir weitere Partner gewinnen und die Sichtbarkeit der Marke erhöhen und die Zusammenarbeit der Partner fördern.

Auch das Thema nachhaltige Mobilität spielt für die DG als kleine Grenzregion eine große Rolle. Attraktive und zeitgemäße Verkehrsverbindungen stellen für Wirtschaft und Tourismus einen wichtigen Standortfaktor dar.

Darüber hinaus macht der Straßenverkehr in Ostbelgien über 30% der regionalen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Hier bestehen enorme Verbesserungspotenziale.

Die DG ist bislang nicht für Mobilität zuständig. Dennoch hat die Regierung in Rahmen des EU-Interreg-Projekts „EMR Connect“ eine eigene Mobilitätsstudie für die DG in Auftrag gegeben.

Die Studie liegt heute vor. Sie zeigt auf, dass vor allem im Bereich des Radverkehrs mit verhältnismäßig geringem Aufwand große Potenziale erschlossen werden können – so auch mit unseren Zuständigkeiten und den Zuständigkeiten der Gemeinden.

Diese Chancen wollen wir nutzen.

Z.B. wollen wir nach Vorbild der „Velocity Aachen GmbH“ einen flächendeckende E-Bike-Verleih in Ostbelgien auf den Weg bringen.

Wir werden uns darüber hinaus weiterhin bei der zuständigen Wallonischen Region für eine deutliche Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einsetzen. Die Busverbindungen müssen ausgebaut und grenzüberschreitend vernetzt werden. Die wallonische TEC sollte zudem dringend ihren Fuhrpark ökologisch umbauen und E-Busse einsetzen.

## 17. FINANZEN

Für unsere grundsätzlichen Überlegungen zur Finanzpolitik verweisen wir auf unser ausführliches Wahlprogramm.

### 17.1. Was haben wir erreicht ?

In unserer Regierungserklärung vom September 2014 hatten wir angekündigt, den Haushalt unserer Gemeinschaft bis 2019 ins Gleichgewicht zu bringen.

Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir 2015 eine finanzpolitische Strategie erarbeitet.

Diese Strategie besteht aus 7 Bausteinen:

- Wir schätzen unsere Einnahmen vorsichtig ein. Unsere Haushaltprognosen gehen langfristig sogar von einem strukturellen 0-Wachstum aus.  
Darauf haben wir unsere Gemeinschaft vorbereitet.
- Die Regierung der DG hat im Jahre 2015 mit der föderalen Regierung eine Refinanzierung unserer Gemeinschaft ausgehandelt, um die Unterfinanzierung in den neuen Zuständigkeiten größtenteils auszugleichen.
- Die DG hat in dieser Legislaturperiode alle alternativen Finanzierungen vorzeitig zurückbezahlt. Wir haben in einer Größenordnung von 60 Millionen EUR Schulden frühzeitig zurückbezahlt, die Gemeinden und VOG aufgenommen hatten.
- Die DG hat zwischen 2014 und 2017 in Millionenhöhe Investitionen insbesondere in Schulen, Krankenhäuser und Altenheime vorgezogen.
- Wir haben in dieser Legislaturperiode alle Wartelisten auf Zuschüsse komplett abgebaut.
- Für zahlreiche Projekte zahlen wir mittlerweile sogar 90 % unserer Zuschüsse vorzeitig aus; oftmals sogar noch bevor mit dem Bau begonnen wurde. Das gibt es nirgendwo sonst in Belgien.
- Wir wenden eine überaus strenge Haushaltsdisziplin (Durchforstung) an, besonders in den sogenannten fakultativen Ausgaben.

Anders ausgedrückt, wir begrenzen unsere Ausgaben, da wo das möglich ist.

Wir sparen durchgehend, aber wir tun das sozialverträglich.

- 2018 hat die DG als einzige Gemeinschaft einen Haushaltsüberschuss erzielt.
- Als einzige Gemeinschaft hat die DG auch für 2019 einen ausgeglichenen Haushalt hinterlegt.
- die DG hat nie Schulden für laufende Ausgaben gemacht, sondern ausschließlich für langfristige Investitionen.  
Deshalb brauchen wir auch keinen Schneeballeffekt zu befürchten.
- Die DG hat (inklusive PPP) Schulden in Höhe von 400 Millionen EUR. Dem stehen Infrastrukturinvestitionen in Höhe von 750 Millionen gegenüber; vorwiegend in Krankenhäuser, Schulen und Altenheime. Diese Investitionen sind Investitionen in unsere Zukunft! Man kann kommenden Generationen kein schlechteres Erbe hinterlassen, als marode Schulgebäude, heruntergekommene Krankenhäuser und baufällige Altenheime. Deshalb stehen wir zu diesen Investitionen.
- Das Ausmaß unserer Verschuldung liegt ganz eindeutig in einem vertretbaren Verhältnis zur Bilanzsumme der DG.
- Wir haben ganz eindeutig finanzpolitische Prioritäten zugunsten von kommenden Generationen festgelegt:  
Wir investieren mittlerweile 76 % unserer Einnahmen in die Bereiche Bildung, Familien, Senioren und Beschäftigung.



## 17.2. Was wollen wir erreichen?

- einen strukturell ausgeglichenen Haushalt als Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik, die kommenden Generationen genügend Spielräume offen lässt.
- das strukturelle Aufrechterhalten von Handlungsspielräumen sowohl für laufende Ausgaben als auch für Investitionen.
- gemeinsam mit unseren innerbelgischen Partnern: eine Flexibilisierung der europäischen Buchhaltungsregeln (SEC 2010), um die Investitionskapazität zu verbessern.
- eine weitere Durchforstung der Ausgaben, um negativen äußeren Faktoren vorzubeugen.
- zusätzliche Investitionen in unsere wichtigsten finanzpolitischen Prioritäten: Bildung, Familie, Senioren und Beschäftigung.
- die Verwirklichung unseres 2. Schulbauprogramms für Schulen in St.Vith und Kelmis.
- eine Aufwertung und Neuausrichtung der PROMA AG in Zusammenarbeit mit der Ostbelgieninvest (OBI)